

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonntage und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. —
Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt) August Müller, Magdeburg. Verlag von
Bernhard Garbaum, Magdeburg-Neustadt. Druck von Franz Wetzig, Magdeburg. Geschäftsstelle: Breiteweg 127.
Redaktion: Breiteweg 127 (Eingang Schrottorstraße). Fernsprech-Anschluss Nr. 1567.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Belegbogen) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Anzeiger
band in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.80 Mk. In der Expedition und den Verkaufsstellen vierteljährlich
2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 25 Pf. zzgl. Postgebühren. Einzelne Nummern (einschl. der Romanbeilage, sowie der
Sonntagsbeilage Die Neue Welt) 10 Pf. Infortionsgebühr die fünfte, politische Beilage 15 Pf. Post-Belegbogen Nr. 7599.

Nr. 162.

Magdeburg, Donnerstag, den 14. Juli 1898.

9. Jahrgang.

Die Versammlung im Luisenpark

welche
polizeilich aufgelöst
wurde,

findet ihre Fortsetzung

am
Donnerstag abend 8 Uhr im Luisenpark.

Die Arbeiterschaft Magdeburgs wird dafür Sorge
tragen, daß die Versammlung einen sprechenden Be-
weis für das die Magdeburger Arbeiterschaft befehlende
Solidaritätsgefühl ablegt. —

Das Jena der Spanier und seine Folgen.

Daß die Weltgeschichte immer noch eine strenge und ge-
rechte Richterin ist, hat der 8. Juli 1898, der für Spanien
der Tag des Jorns gewesen ist, bewiesen. Preußen hat
sein Jena, Oesterreich sein Königgrätz, Frankreich sein Sedan
erlitten.

Es wäre ein Wunder gewesen, hätte die Seeschlacht von
Santiago für Spanien einen anderen Ausgang genommen
als den zerschmetternden, den sie gehabt hat. In keinem
anderen Lande ist die Mißwirtschaft pfäffischer Un-
duldsamkeit, Verdummung, Habgier und
Schamlosigkeit Jahrhunderte hindurch so ungeniert
getrieben worden, hat sie alle Kräfte des Landes so vampyr-
artig ausgezogen und haben sich die verschiedenen Regierungen
so vollkommen zu Handlangern eines unerträglich
Klerus herabgewürdigt wie in Spanien. Es ist zu ver-
wundern, daß der Zusammenbruch der spanischen Macht nach
außen hin trotz Priesterherrschaft, Inquisition, ewiger Finanz-
not und ständiger Bürgerkriege so lange hat auf sich warten
lassen. Wenn die Machthaber in Spanien noch das Fest
in Händen haben, so verdanken sie es der genügsamen Aus-
dauer und zähen Tapferkeit des spanischen Volkes, die in
den Kämpfen dieser Tage wieder glänzend zum Ausdruck
gekommen sind.

In der That, dies Volk, soweit es sich in der Armee
befindet, schlägt sich recht tapfer für die Leute, die es unter-
drückt und ansaugen. Dazu gehört viel Selbsterleugnung.
Zu Hause denkt man anders. Mütter, Väterinnen und Bräute
haben laut und kräftig protestiert, als man die Soldaten
einschiffte, um sie nach Cuba zu senden, wo sie eine Beute
des gelben Fiebers, des Hungers und der feindlichen Kugeln
werden. Aber all die Tapferkeit der Soldaten kann einem
Land mit einer vollkommen bankrotten Regierung nicht den
Sieg verschaffen gegenüber einem Feinde, der seine Kräfte
zwar langsam einsetzt, dessen Hilfsquellen aber unermesslich
sind. Wenn auch die Heeresvereinigungen der Nordamerikaner
unvollkommen sind, so werden sich die Milizen rasch an den
Krieg gewöhnen; die Flotte der Union ist der spanischen so
sehr überlegen, daß an einen ernsthaften Kampf zur See,
nachdem zwei spanische Flotten vernichtet, gar nicht mehr zu
denken ist. Dennoch wollen die Gewalthaber in Madrid
„bis zum äußersten“ kämpfen.

Es steckt allerdings auch ein Stück Verzweiflung in
diesem Eigensinn. Denn die modernen Don Quixotes
Sagasta, Blanco, Martinez Campos, Don Carlos u. kämpfen
um Sein oder Nichtsein des alten, in Spanien herrschenden
Systems. Es geht ihnen aber gänzlich die Einsicht ab, daß
dieses System vollkommen verloren ist. Jeder Kanonenschuß,
der ein spanisches Kriegsschiff trifft, trifft auch dies System
mitten ins Herz. Die Kolonien gehen verloren und damit
das Opfer, an dem sich die herrschenden Klassen in Spanien
wie ein Schwamm bisher vollgezogen haben. Es bleibt
ihnen künftig nur Spanien selbst zur Ausbeutung überlassen.
Das bedeutet an sich schon eine vollkommene Umwälzung.

Werden die europäischen Mächte sich ins Mittel legen,
um die spanische Monarchie zu retten? Das glauben wir
nicht. Es kann sein, daß schon in den nächsten Tagen in
Spanien alles aus den Fugen geht. Sagasta will, wenn
die Karlisten sich erheben, die Verfassung suspendieren,
d. h. den Belagerungs- und über ganz Spanien
verhängen. Auch dieser Staatsmann hat als letztes Mittel
nur den Belagerungs- und

Es giebt also, wenn der unausbleibliche Zusammenbruch
erfolgt, in Spanien drei Möglichkeiten:

1. Karlismus, 2. Sabeldiktatur oder Republik.
Die letztere ist das Wahrscheinlichste. Es wird sich
nur fragen, ob dann Leute vorhanden sind, die sie zu be-
festigen verstehen.

Wenn dies geschehen soll, dann muß vor allem die
Macht der Sabeltrahler à la Weyler und Martinez Campos
gründlich gebrochen werden.

Die modernen Landsknechte sind keine Helben. So
tapfer auch das spanische Volk ist — von diesen Generalen,
die zur Zeit in Spanien einen Namen haben, ist einer
immer unfähiger als der andere. Groß sind sie nur in der
Brutalität gegen Wehrlose. Sie können eventuell
Parlamente auseinandersprengen, aber mit den cubanischen
Insurgenten konnten sie trotz aller Grausamkeiten nicht fertig
werden; sie haben sich alle blamiert. Diese Menschen sind
eine ständige Gefahr für die Rechte und Freiheiten des
spanischen Volkes. Alle diese O'Donnell, Prim, Serrano,
Baria, Martinez Campos, Weyler waren und sind stets
bereit, „das Vaterland zu retten“, d. h. die Gewalt an sich
zu reißen. Wie weit sie zu gehen im Stande waren und
sind, hat man gesehen; Baria trieb 1874 mit Bayonnetten
die spanischen Abgeordneten auseinander und vernichtete
damit die Republik zu Gunsten des Sohnes der sechs Jahre
zuvor davongegangenen Infanta, Martinez Campos
wollte die Journalisten, welche die Armee kritisierten, mitten
im Frieden vor Kriegsgerichte gestellt wissen. Niemals wird
Spanien sich zu nur einigermaßen gesunden Zuständen ent-
wickeln können, so lange diesen Landsknechten nicht die Macht
aus den Händen gewunden ist.

Wenn die Demokratie sich der Gewalt bemächtigen
kann, so wird sie einen blutigen Kampf mit dem Karlismus
zu führen haben. Wenn sie siegen will, muß sie den Feind
mit rücksichtsloser Energie niederschmettern; sie darf aber
auch dem Lande nicht bloß Opfer auferlegen, sondern muß
dem Volk die Zurechtweisung einflößen, daß die furchtbaren
Lasten, unter denen es bisher geleidet, erleichtert werden.
Sie muß den Angriff auf den Klerus endlich
wagen. Gerade das demütigste Wühlen der Herrschenden in
Spanien um die Gunst der Kirche hat wesentlich zur
Demoralisation beigetragen. Als unter der spanischen Republik
der Liberalismus herrschte, erfreute sich Don Carlos der
päpstlichen Unterstützung, und als der junge Alfons XII.
den Thron bestiegen hatte, mußte ihn der reaktionäre Canovas
del Castillo nicht anders zu halten, als daß er dem Klerus
die noch nicht verkauften Güter zurückgab, die Cwilehe auf-
hob und die unter der liberalen Vera geschaffene Pressefreiheit
erdrosselte.

Die spanischen Kirchengüter sind unermesslich, und wenn
der Klerus in Spanien in seinem bisherigen Besitze ver-
bleibt, so behält er auch seine politische Macht; so lange dies
der Fall ist, die Begründung eines freien und
modernen Staatswesens in Spanien un-
möglich. Wenn die Demokratie es wagt, die Kirchengüter
einzuziehen, so verfügt sie über die Mittel, mit denen sie ihre
Feinde besiegen kann, sonst aber nicht.

Die nächsten Zeiten werden voraussichtlich für das
spanische Volk noch ernstere Sorgen bringen, als die gegen-
wärtigen; eine große Verwirrung scheint uns unausbleiblich.
Die Hauptsache ist und bleibt, daß dann die Don Quixotes
in allen ihren Spielarten abgeschüttelt werden.

Wenn es dem spanischen Volke gelingen sollte, sich
freiere Institutionen zu erkämpfen, so wären die furchtbaren
Opfer, die ihm der gegenwärtige Krieg auferlegt, wenigstens
einigermassen gut gemacht. Fällt das Land aber dem Kar-
lismus oder der Sabeldiktatur anheim, so werden sich seine
Leiden verzehnfachen.

Wir können es gar nicht begreifen, wie ein Teil des
deutschen Bürgertums aus Haß gegen die Amerikaner mit
den spanischen Gewalthabern sympathisieren kann. Von
Pfaffen und Junkern können wir es begreifen,
aber welches Interesse hat denn die deutsche Bourgeoisie
daran, daß Spanien von Finsterlingen und rückständigen
Elementen beherrscht wird? Unsere Wünsche gelten dem
spanischen Volke, dem wir es von Herzen gñhen, wenn ihm
einmal Lust gemacht und damit auch die Bahn für die
soziale Bewegung in Spanien völlig frei wird. —

Politische Tagesrundschaun.

Deutschland.

An der Vernichtung der Sozialdemokratie
wird überall im Deutschen Reiche nach berühmten Mustern
gearbeitet, so daß, wenn das so fortgeht, die Sozialdemo-
kratie spätestens bis zum Jahre 1900 abgeschafft sein wird.
Der Darlehnskassenverein in dem rheinischen Dorfe Weichenich
hat an zwei Wähler des Orts folgendes Schreiben gerichtet:

Infolge Ihres agitatorischen Wirkens für die Sozialdemokratie bei
der Reichstagswahl betrachte ich den unterzeichneten Vorstand Sie
nicht mehr als zur christlichen Kirche gehörig und
schließe Sie daher statutenmäßig als Mitglied des Vereins aus.
Ein Gefangener in der sächsischen Stadt Zschopau sandte
an ein Mitglied folgendes Schreiben:

Sie haben sich bei der stattgefundenen Reichstagswahl offenkundig
zur sozialdemokratischen Partei bekannt und für diese in auffälliger
Weise agitiert. Da Sie bisher aktives Mitglied des Gefangenenvereins
waren, so kommt dieser dadurch in den Verdacht, als ob er denselben
Prinzipien huldige, was bei den Mitgliedern allgemein Anstoß
erregt hat. In der letzten Vorstandssitzung wurde deshalb Ihre
Ausweisung aus dem Gefangenenverein beschlossen, wovon Sie hier-
durch in Kenntnis gesetzt werden.

Hierzu bemerkt die Volkszeitung, der wir diese Notiz ent-
nehmen: In Sachsen hat man von jeher für diese Art der
Sozialisten-Liberei ein besonderes Talent gehabt. Bis jetzt
freilich hat man die Wirkung lediglich in einer Zunahme
der sozialdemokratischen Stimmen gesehen. Aber vielleicht
nehmen die sächsischen Sozialdemokraten endlich Vernunft
an und lassen sich durch solche sangesbrüderliche Staats-
rettung derartig imponieren, daß sie vor Schreck konservativ
werden. —

Gegen das Wahlrecht.

Ein protestantischer Professor, eine Hauptstütze des
„Evangelischen Bundes“, hat sich jüngst in einer Rede gegen
das allgemeine Wahlrecht ausgesprochen und zwar im Hin-
blick auf die Wahlerfolge des Centrums. Der Herr Professor,
Deytschlag ist sein Name, sagte:

Unter unselbstiges Wahlrecht hat die parlamentarische Mitentscheidung
überwiegend in die Hände unverständiger und unselbständiger Massen
gelegt; mit den Sozialdemokraten kann man keinen Kleinhandel
treiben — so treibt man ihn mit dem Centrum. Man stellt sich
eine Trierer Rockfahrt auf den Staatsbahnen Extrazüge zur Ver-
fügung, feiert den edlen Windsthorst am Grabe als großen Patriot
mit, läßt zwar nicht die Jesuiten, aber ihre Wfen, die Sigurianer,
ins Land, liebtst einen Bischof Meyer, dessen Nachbedürfnis uns
China öffnet, läßt Papst und Kaiser in Trinksprüchen zusammen-
fassen, als wenn wir im 12. oder 13. Jahrhundert lebten, und macht
mittels einer solchen „Trinkgelberpolitik“, wie die Magdeburger
Zeitung es neulich genannt hat, mit dem Centrum leidliche Geschäfte.
Mit dem allgemeinen Wahlrecht, bemerkt die Volkszeitung,
hat das alles nichts zu thun. Man könnte gerade mit dem
allgemeinen Wahlrecht das Centrum beiseitejagen, wenn man
die moderne naturwissenschaftliche Anschauung dem
klerikalen Dogma entgegensetzte und so den Einfluß des
römisch-katholischen Priestertums bräche. Freilich müßte man
dabei auch gegen den evangelischen Klerikalismus den
Kampf der neuen Weltanschauung auf der ganzen Linie er-
öffnen. Und da hapert es auch im evangelischen Lager.
Dann möge man es aber in diesem Lager gefälligst unter-
lassen, auf das allgemeine Wahlrecht zu raisonnieren. —

Zum fünfzigjährigen Jubiläum der Kreuzzeitung
will man dem edlen Blatte noch nachträglich eine Jubiläumsga-
be darbringen. Freiherr von Hammerstein soll nächst
demnächst aus dem Zuchthause entlassen werden, wie eine
Korrespondenz meldet. Freiherr von Hammerstein w.r. v. r.
am 22. April 1896 wegen seiner verschiedenen Gaunereien
zu drei Jahren Zuchthaus und zu einer Geldstrafe verur-
teilt, für welche im Reichsvermögensfalle noch drei Monate
Zuchthaus angelegt wurden. Die Hauptstrafe — drei Jahre
Zuchthaus — wäre am 22. April 1899 verbüßt. Nun be-
sagt aber das Reichs-Strafgesetzbuch im § 23: „Die zu
einer längeren Zuchthaus- oder Gefängnisstrafe Verurteilten
können, wenn sie drei Viertel, mindestens aber ein Jahr,
der ihnen auferlegten Strafe verbüßt, mit ihrer Zustimmung
vorläufig entlassen werden, wenn sie sich während der Straf-
zeit gut geführt haben.“ Freiherr von Hammerstein hat
sich der Korrespondenz zufolge während seines Außerhalts
im Moabiter Zuchthaus „vorzüglich“ geführt — viel besser,
als er sich jemals geführt hat, da er noch Redakteur der
Kreuzzeitung war, auch soll er sich im allgemeinen gebessert
haben. Darum, so meint die erwähnte Korrespondenz, wird
er am 22. d. Mts. nach Verbüßung von drei Vierteln seiner
Strafe „dem öffentlichen Leben“ wieder zurückgegeben werden.
— Als was? Etwa als Redakteur eines Muckerblattes??
oder als Jubiläumsgabe für die Kreuzzeitung. —

Wahltagtation in der Schule.

Folgender höchst seltsame Fall wird dem Vorwärts aus
Dresden berichtet: Ein Lehrer in einer Dorfgemeinde bei
Dresden, ein noch sehr junger Mann, gab seinen 12jährigen
Schülern vor der Wahl in der Schule während der Unter-
richtsstunden „Aufklärung“ über die Parteistellung der Wahl-
kandidaten. Der sozialdemokratische Kandidat wurde dabei in
der üblichen Weise als Umstürzler, Feind der Ordnung usw.
hingestellt, einen solchen Mann dürften sie (die Schüler), wenn
sie später einmal wählen gehen könnten, nicht wählen.
Der Lehrer verbot aber den Schülern ausdrücklich, von der
ihnen zu teil gewordenen Instruktion ihren Eltern zu er-
zählen. Das Verbot wurde natürlich übertreten und be-
züglich eines Knaben erfuhr der Lehrer die Übertretung des
Verbotes. Er bestrafte den Schüler dafür mit 15 Stock-
hieben und Strafverurteilung auf einen niederen Platz. Der

Bauunternehmer, Bauarbeiter und Polizei in Magdeburg.

(Material zur Lohnbewegung der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter.)

Am 25. April wird in einer Versammlung der Zimmerer die Forderung auf 45 Pf. Stundenlohn gestellt.
Am 26. April werden die Forderungen der Arbeiter unterbreitet, abgelehnt und hierauf die Arbeit von 800 Zimmerern niedergelegt.

Am 28. April erklären die Arbeitgeber im Bauwerke, sämtliche Maurer und Bauarbeiter auszusperrn, sobald die Arbeit durch die Zimmerer nicht bedingungslos aufgenommen würde.

Am 30. April erfolgt die Aussperrung, von welcher über 1000 Maurer und Bauarbeiter betroffen werden.

Am 29. Juni fordern die Arbeitgeber „ihre“ Arbeiter auf, nachdem sie neun Wochen lang ausgesperrt waren, die Arbeit zu den von den Meistern festgesetzten Bedingungen wieder aufzunehmen.

Am 30. Juni wird im Bureau der Maurer gehausucht. Die Streikposten werden polizeilich stiftet.

Am 4. Juli werden die Bauplätze geöffnet, da sich aber keine Arbeitswilligen finden, erklären die Unternehmer, ausländische Arbeiter importieren zu wollen. — Die Maurer und Zimmerer lehnen es ab, die Arbeit zu den vom Arbeitgeberverband festgesetzten Bedingungen aufzunehmen.

Am 6. Juli schließen sich die Bauarbeiter den Beschlüssen der Maurer und Zimmerer an. — Beim Streik-Komitee findet eine Hausdurchsuchung statt. 55 Maurer werden polizeilich stiftet.

Bisher sind die Forderungen der Arbeiter auf 30 Bauten bewilligt. Zu den neuen Bedingungen arbeiten 530 Mann. Zu unterstützen sind noch 600 Mann mit 1025 Kindern. Zugang Arbeitswilliger war in den letzten Tagen nicht zu verzeichnen. Nach den Berichten bürgerlicher Zeitungen sollen 261 Arbeitswillige den Unternehmern zur Verfügung stehen.

Die streikenden Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter stehen fest, nach wie vor. Sie bauen auf das Solidaritätsgefühl der deutschen Arbeiterschaft.

Vater des Knaben beschwerte sich darauf beim Schulvorstand der Gemeinde. Auf persönliche Erkundigung über den Erfolg seiner Beschwerde wurde ihm vom Vorsitzenden des Schul-Ausschusses erklärt, daß der Lehrer mit seiner Wahlbelehrung nur einer Weisung der Schulinspektion gefolgt ist und daß die Bestrafung des betreffenden Knaben wegen Ungehorsam am Plage gewesen wäre. Der Vater begnügt sich mit diesem eigentümlichen Bescheid nicht, sondern wird alle Beschwerde-Zustände in Anspruch nehmen. Derzeitige, jegliche vernünftige Pädagogik höhnenbe Vorkommnisse können unmöglich der Schulbehörde genehm sein, sondern verdienen die allerhöchste Rüge. Die Schulbehörde dürfte sicherlich Veranlassung nehmen, sich zu dieser Angelegenheit auszusprechen.

Freisinn und Konservativ.
Einen bemerkenswerten Beitrag über das Verhältnis der Freisinnigen zu den Konservativen veröffentlicht die demokratische Berliner Volkszeitung. Bekanntlich unterstützten in Friedeberg-Ornswalde die Freisinnigen den Agrarier Ring gegen den „Rektor aller Deutschen“ Uhlwardt. Zu dieser Unterstützung ließen sich die Freisinnigen bewegen durch folgende Erklärung des Oberamtmannes Ring:

„Ich erkläre, so lange ich für Friedeberg-Ornswalde Reichstags-Abgeordneter bin, nicht gegen das geheime allgemeine Wahlrecht stimmen zu wollen. Hochachtung und ergebenst Ernst Ring.“
In dieser Erklärung ist interessant und bezeichnend für die konservative Anschauung, daß Herr Ring zwar nicht gegen das geheime und allgemeine Wahlrecht stimmen will; wo bleibt aber das freie und direkte Wahlrecht? Ein Reichstagswahlrecht auf Grund von Dreiklassenwahlen und von Wahlmännerwahlen ist also Herr Ring nicht wider den Strich? Das verdient zur Beurteilung der Konservativen festgenagelt zu werden. Nicht minder aber auch zur Beurteilung des Freisinn, der trotzdem Herrn Ring unterstützte.

Die Sachfängerei und ihre Ursachen
werden in dem Berichte des Gewerbeinspektors für die Provinz Posen sehr hübsch beleuchtet. Die Löhne sind in der Provinz verhältnismäßig niedrig, sagt der Bericht. Im Regierungsbezirk Posen allein zählte man 1895 insgesamt 24 324, 1896 28 533 Sachfänger. 1897 war die Zahl jedenfalls nicht geringer. Dazu bemerkt der Berichterstatter wörtlich:

„Daß auch die hiesigen Arbeiter wirtschaftliche Vorteile und die zu ihrer leiblichen Wohlfahrt getroffenen Einrichtungen wohl zu würdigen wissen, erweist die Thatsache, daß dr. S. gehend bei denjenigen Zuckerfabriken, die etwas höhere Lohnsätze bewilligen und für die Verpflegung und Wohnung der Arbeiter sorgen, bei Eröffnung der Nebenverarbeitungen ein übergroßes Angebot von Arbeitskräften eintrat, während die anderen gleichartigen Fabriken, welche in der angegebenen Richtung nichts besonderes bieten, ...“

Daß dem so ist, ist zwar nicht mehr neu, aber daß die Thatsache einmal amtlich konstatiert wird, ist sehr erwünscht. Die Herren Zucker- und sonstigen Agrarier können also dem Arbeitsmangel, der Sachfängerei und der „Eisenbahnvergabondage“ ohne Beschränkung der Freizügigkeit und ohne Vorschläge von gleichem Kaliber sehr gut abhelfen, wenn sie nur in den Beutel greifen wollen.

Prämien für Entdeckung von Eisenbahnschäden.
Vom preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten sind neuerdings der Deutschen Versicherungs-Zeitung zufolge die im preussischen Staatsbahnbereich gültigen Vorschriften über Gewährung von Prämien für Entdeckung betriebsgefährlicher Schäden und für Abwendung drohender Betriebsgefahren umgearbeitet worden. Bei der Herausgabe der Vorschriften ist eine möglichst ausgiebige Gewährung von Prämien bei der Entdeckung solcher Schäden im Interesse der Betriebssicherheit empfohlen worden.

Der Bund der Industriellen und die Regierung.

Wir arbeiten ja nur für Sie, sagte in einer schwachen Stunde der Herr v. Bötticher zu den rheinischen Industriellen.

Am 7. Juli findet abermals eine Hausdurchsuchung im Streikbureau statt. Die vorgefundnen Flugblätter in italienischer Sprache werden beschlagnahmt. — Der Vertrauensmann der Maurer, Karl Schoch, wird am Bahnhof verhaftet.

Am 8. Juli wird der Genosse Schoch wieder aus der Haft entlassen. Die Erstörungen der Streikposten dauern fort. Die von den Arbeitgebern aufgestellten Posten bleiben nach wie vor unbefestigt.

Am 11. Juli kommen die ersten Stallener hier an, dieselben sind teilweise kaum den Kinderstufen entwachsen, erhalten aber 46 Pf. Stundenlohn, also noch mehr als wie die Streikenden verlangen. Am Abend findet die Versammlung im Luisenpark statt. Das Eintrittsgeld wird polizeilich beschlagnahmt. Die Versammlung aufgelöst.

Am 12. Juli wird auf der Hauptpost alles bereit gemacht zur Unterbringung „arbeitswilliger“ Maurer, die den Postneubau fertig stellen sollen. Dieselben sollen im Postgebäude schlafen, damit sie mit den Streikenden nicht in Verührung kommen. Obwohl signalisiert und von einem großen Aufgebot von Wächtern am Bahnhof erwartet, sind diese arbeitswilligen Ostpreußen bisher noch nicht eingetroffen. — Zwei streikende Maurer werden am Abend verhaftet, weil sie einen Arbeitswilligen angesprochen haben sollen.

Daß der neueste Kurs nach der gleichen Richtung geht, zeigt zu allen früheren Beweisen eine vor uns liegende Broschüre über „Geschichte und Erfolge des Bundes der Industriellen“, die gegenwärtig von Berlin aus an alle Industriellen mit einer Reihe anderer Drucksachen verschickt wird.

In der Broschüre werden die Aufgaben, die sich der Bund gestellt hat, sowie seine bisherigen Leistungen dargestellt. Besonders wird die Mitwirkung bei der Vorbereitung der Handelsverträge und „die große Frage der Organisation der Arbeitgeber“ betont, „vor welche die deutsche Industrie durch die herausfordernde Thätigkeit der sozialdemokratischen Agitation unabweislich gestellt worden ist“. In letzter Hinsicht wird auf die unseren Lesern bereits bekannte Gründung einer „Versicherung gegen Verluste durch Arbeitseinstellungen“ besonderes Gewicht gelegt, „die sich als wirksamstes Mittel für eine zeitgemäße Gesamtorganisation der Arbeitgeber erweisen dürfte“.

Wie sehr nun die Regierung die Geschäfte dieses Interessen-Bundes in der Gesetzgebung zu besorgen bereit ist, zeigen nachfolgende Auslassungen der Bundes-Broschüre:

Der „Bund der Industriellen“ ist durch Ernennung seines Vorstandsmitgliedes Herrn v. Drehs-Sommerda seitens des Herrn Reichskanzlers zum Mitglied des Wirtschaftlichen Ausschusses von der Reichsregierung als eine Gesamtvertretung der deutschen Industrie anerkannt worden. Da der „Bund der Industriellen“ bereits fast ausnahmslos alle Branchen der deutschen Industrie in sich vereinigt, wird er in jedem einzelnen Falle einen Sachverständigen der Branche in den Wirtschaftlichen Ausschuss einzuführen suchen, wie das zuvörderst mit der Montan- und Hüttenindustrie geschehen ist. Der Bund hat vor allen anderen bereits im April 1897 die Einsetzung eines ständigen Ausschusses beschlossen, der als Zollkommission bezw. Bundesstelle zur Vorbereitung neuer Handelsverträge konstituiert worden ist. Der Thätigkeit des „Bundes der Industriellen“ ist es zum Teil zu verdanken, daß die Regierung sich entschlossen hat, eine neue Grundlage für die Vorbereitung von Handelsverträgen durch Berufung des Wirtschaftlichen Ausschusses zu schaffen und die Revision unseres veralteten Generaltarifs durch Ausarbeitung eines neuen autonomen Zolltarifs zu erziehen. Auf dieser Grundlage dürften die im Anfang nächsten Jahrhunderts neu abzuschließenden Handelsverträge eine unvergleichlich bessere Fassung für die Interessen jeden einzelnen Industriezweiges in Deutschland erhalten. Der „Bund der Industriellen“ hat ferner in seiner Generalversammlung vom 4. Oktober 1897 die Ehre gehabt, durch einen offiziellen Vertreter aus dem Reichsamt des Innern bezw. des Reichskommissars für die Pariser Weltausstellung 1900 ausführliche Mitteilungen über die Zwecke und Ziele der Regierung in Gestalt eines Vortrages entgegenzunehmen.

Der thätigsten Initiative des Bundes der Industriellen ist endlich der bedeutende Schritt zur Gesamtorganisation der Arbeitgeber entsprungen, der am 23. Oktober 1897 zur Gründung der „Industriellen“, Versicherungs-Altien-Gesellschaft gegen Verluste durch Arbeitseinstellungen, geführt hat. Nach monatelangen Vorbereitungen und Umfragen bei verschiedenen Zweigen der Industrie ergab sich eine derartige Versicherung gegen Streiks als der gangbarste Weg für einen Zusammenschluß der Industrie zum Zwecke der Abwehr der sozialdemokratischen Agitation und zum Schutze der willigen Arbeiterschaft. Nicht nur in ganz Deutschland, sondern auch in Oesterreich, England, Dänemark, in der Schweiz und selbst in überseeischen Staaten hat der Gedanke lebhaften Anklang gefunden, weil er eigentlich nur darstellt, was jedermann nachträglich als selbstverständlich empfindet. Die Ministerien in Preußen und Sachsen haben ihre grundsätzliche Zustimmung zu der Versicherung bereits ausgesprochen.

Hier ist der Angelpunkt gefunden, um den sich die Interessen aller Industriellen ohne Unterschied der Branche, des Wohnorts und der Berechtigung gruppieren und bewegen können. Darum, Industrielle Deutschlands, tretet dem Bunde der Industriellen bei! Die Herren Kapitalisten werden berufen zur Mitwirkung bei der Vorbereitung von Handelsverträgen und Zollfestsetzungen. Die Herren Kapitalisten werden mit Vorträgen über die Zwecke der Pariser Ausstellung beehrt. Um die Arbeiter, die an alledem das höchste Interesse haben, kümmert man sich keinen Augenblick.

Die Arbeitervereine, welche eine Abwehr übermäßiger Ausbeutung durch das Unternehmertum und eine Hebung der sozialen und kulturellen Lage ihrer Mitglieder bezwecken, werden durch tausend Schwierigkeiten beschwert, gelten der gegenwärtigen Regierung als ein Uebel, das man leider nicht mit Stumpf und Stiel von heute zu morgen auszuroden kann, das man aber beständig mit allen Mitteln bekämpfen müsse. Wo einmal die Arbeiterorganisationen in Aktion treten, sofort heißt es auch vom Regierungstische:

das ist ein unberechtigtes, herausforderndes, sozialdemokratisches Vorgehen! Die Unternehmer-Verbände jedoch, durch welche eingeständenermaßen die Interessen der Kapitalisten einseitig gefördert werden sollen, finden stets den Beifall der Geheimräte und Minister. Auch die Versicherung der Unternehmer gegen Verluste durch Arbeitseinstellungen, also eine reine Parteisache des Unternehmertums, findet die ausdrückliche Zustimmung und moralische Beihilfe der Beamten des Staats, der angeblich über den Parteien stehen will. Wollen aber die Arbeiter gegen ungerechtfertigte Entlassungen und Maßregelungen ihrer Kameraden geeignete und durchaus gesetzliche Schritte unternehmen, so verwandelt sich der Beifall und die Hilfe des Staates, die er den Profitgeheimern gewährt, in Mißfallen und Bekämpfung der Profitstocher.

„Wir arbeiten ja nur für Sie“ — sagte Herr v. Bötticher. Darum müssen sich die Arbeiter sagen: Wir müssen doppelt eifrig für uns arbeiten. Denn wir haben keinerlei Hilfe „von oben“ zu erwarten. Wir können nur auf die eigene Kraft bauen!

Die Arbeiter erheben wieder aus den obigen Auslassungen des „Bundes der Industriellen“, wie sich das Unternehmertum rüstet, um, gestützt durch den neuesten Kurs der Regierung, ihnen den Fuß in den Nacken setzen zu können. Mögen die Arbeiter die richtigen Lehren daraus ziehen und unerträglich an der Ausgestaltung ihrer Organisationen wirken!

Nachrichten aus dem Auslande.

Die italienische Kammer hat die Abgeordneten de Andreis, Pescetti, Turati und Morgati, wie schon kurz gemeldet an die Mailänder Blutgerichte ausgeliefert. Der einzige Grund, warum die vier Abgeordneten der Verfolgung durch die blutigen Gegenrevolution preisgegeben wurden, ist, daß sie in Mailand waren. Es giebt kein Mitglied der Kammer, das nicht wüßte, daß gerade die vier Ausgewiesenen, besonders die sozialistischen Führer in Mailand, alles aufgegeben haben, um den Ausbruch des Volkswillens in Mailand zurückzuhalten und einzudämmen, daß kein Beweis, nicht einmal ein scheinbarer Vorwand besteht, daraus auf die Urheberchaft oder hervorragende Beteiligung der Ausgelieferten geschlossen werden könnte. Die Kammer weiß aber vor allem, wenn sie die Angeklagten ausgeliefert hat; nicht ordentlichen Gerichten, von denen halbwegs eine Prüfung des Thatbestandes zu erwarten wäre, sondern den berüchtigten italienischen Militärgerichten, von denen jedes Kind weiß, daß sie jenes Urteil fällen, das die Regierung von ihnen fordert. Die Kammer weiß, daß die Regierung den Aufruhr in Mailand dazu benutzen will, die radikalen Parteien zu vernichten, ihre Führer der Freiheit zu berauben, und dazu, zu dieser blanken Gewaltthat, die heuchlerisch die Form des Rechtes leiht, giebt die Kammer die Hand. Die letzten Bürgschaften bürgerlicher Freiheit sollen untergraben werden, die Kammer übernimmt freudig diese ihr von der Regierung angebotene Aufgabe, sie scheint nur nicht recht klar zu sehen, daß sie damit sich selbst und dem ganzen herrschenden System das Grab gräbt.

Auf dem cubanischen Kriegsschauplatz hat die Beschießung von Santiago am Montag ihren Fortgang genommen; aus den darüber vorliegenden Meldungen geht hervor, daß das amerikanische Geschwader bisher in den Hafen nicht eingedrungen ist; die Beschießung wurde von der Stadt aus unternommen, hat aber, da die Stadt hinter hohen Bergen liegt, wenig Erfolg gehabt. Der Aktion der Flotte war am Sonntag nachmittag ein Landangriff vorangegangen, der gleichfalls ziemlich erfolglos geblieben ist. In der Hauptsache war nur die Artillerie Schatters daran beteiligt. Es scheint, daß die Leistungsfähigkeit der amerikanischen Truppen ziemlich erschöpft ist; General Schatter selbst leidet stark unter der tropischen Hitze und kann infolge einer Sehnenanschwellung das Zelt nicht verlassen. Den Oberbefehl hat der inzwischen in Santiago eingetroffene Oberkommandierende des amerikanischen Heeres, General Miles übernommen. Voraussichtlich wird er die Operationen nach einem neuen Plan fortführen. Er ist niemals für die Einnahme von Santiago durch Sturm gewesen; vielmehr vertrat er stets die Ansicht, daß es durch starke Beschießung mühe gemacht werden mußte. In Washington weist man auf die starken Verluste der Amerikaner und die Unmöglichkeit, weiter vorzurücken, als Beweis für die Nichtigkeit der Ansicht Miles' hin. Kriegsminister Alger soll die Pläne des letzteren aus persönlicher Abneigung gegen ihn verworfen haben. Hinsichtlich der Friedensverhandlungen ist etwas Sicheres noch nicht bekannt geworden, allem Anschein nach wachsen die Aussichten auf einen baldigen Friedensschluß.

Wie es mit den Friedensverhandlungen eigentlich steht, ist aus den widerspruchsvollen Meldungen nicht klar zu erkennen. Nach einer Depesche aus Madrid sollen die Amerikaner folgende Friedensbedingungen stellen: Abtretung von Cuba, Puerto Rico, einem Hafen auf den Canarischen Inseln und Zahlung von 1200 Millionen Frank. Die Philippinen sollen als Unterpfand für Zahlung dieser Summe dienen. Diese Bedingungen werden in Madrid als unannehmbar angesehen. Diese Meldung wird von amerikanischer Seite aber für unbegründet erklärt; ein Mitglied des Kabinetts erklärte, die Regierung habe keine Vorschläge gemacht. Wie der Standard über Berlin erfährt, soll die Königin-Regentin von Spanien gewillt sein, Friedensverhandlungen mit den Vereinigten Staaten ohne Vermittlung der Mächte anzuknüpfen, vorausgesetzt, daß die Bedingungen nicht zu hart seien. Ihr äußerstes Zugeständnis sei gegenwärtig die völlige Unabhängigkeit Cubas.

Der Aufstand in Sündchina wird immer gefährlicher. Nach einem Telegramm der North China Daily News aus Tschungking sind die protestantischen und katholischen Missionen in Schungching von Aufrehrern angegriffen worden. Auch in Yünichong und anderen in der Nähe gelegenen Städten ist viel Unheil angerichtet worden. Ein französischer Priester ist von den Räubern gefangen genommen.

Dieselben verlangen ein Lösegeld von 10 000 Taels. Mehrere Eingeborene wurden getötet und viel Eigentum zerstört. Die Lage ist kritisch. Die Konfuzi in Tschungking haben sich an Bord des Kanonenbootes „Mert“ begeben. —

Soziale Bewegung.

Der Streit der Lübecker Bauarbeiter scheint größere Dimensionen annehmen zu sollen. Die Bauarbeiter beschloßen, nachdem die Arbeitgeber auf Verhandlungen nicht eingehen wollten, an allen Arbeitsplätzen, wo die Forderung von 37 Pfg. Stundenlohn nicht bewilligt, die Arbeit am Montag nicht wieder aufzunehmen. Die Versammlung beauftragt ihre bestehende Lohnkommission, der Bauhütte zu Lübeck diesen Beschluß sofort zu übermitteln. Es ist wahrscheinlich, daß die Zimmerer und Maurer, um die Bauarbeiter zu unterstützen, gleichfalls die Arbeit niederlegen. —

Die Lohnbewegung der Dresdener Zimmerer hat sich nunmehr zu einem Streit von ziemlich großer Ausdehnung entwickelt. Es streiken zur Zeit in 60 Geschäften bezw. Bauten 840 Mann, 150 arbeiten unter den neuen Bedingungen — 48 Pfennige Stundenlohn und 10stündige Arbeitszeit, während ein anderer Teil abgereist ist. Nach Lage der Sache dürfte der Ausstand noch größere Dimensionen annehmen. Die Unternehmer versuchen die Ausständigen durch nichtgelernte Arbeiter zu ersetzen. Im Laufe der Woche werden auch die übrigen Bauarbeiter, Maurer usw. zum Streik Stellung nehmen. —

In Harburg stehen die Schmiede in einer Lohnbewegung. Sie fordern den zehnstündigen Arbeitstag und 35 Pfg. für Ueberstunden. —

Ein Delegiertentag der christlich-sozialen Gewerkschaften und Verbände soll am 14. August in Mainz abgehalten werden. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Die Organisationsfrage, Regelung der Arbeitszeit, Frauenarbeit, Lohnfrage und Ausstände u. a. m.

Vom Hamburger Bäckerstreik. Seit Sonnabend haben einige Inhaber größerer Bäckereien die Forderungen der Getreide bewilligt. Am Montag nachmittag fanden in 18 Bezirken der Stadt Versammlungen der Brotträger statt, in welchen die bezirksweise Einteilung wegen Abschlußes von Brotlieferungen beschloßen wurde. In jedem Bezirk wurde eine Vertrauensperson gewählt, an welche sich die Brotträger, falls sie aus anderen Bäckereien Waren entnehmen wollen zu wenden haben. —

Nachrichten aus Magdeburg.

— Seit dem schmachvollen Mißfall der „Ordnungsgründer“ bei der Reichstagswahl in unserer Stadt ist die bisherige relative Unabhängigkeit aus den Spalten der Magdeburger Zeitung gewichen. Das Blatt für Zuder- und Schloßbarone benutzt jetzt jede Gelegenheit, um der verhassten Sozialdemokratie ein auszuweichen, wobei es sogar nicht verschmäht, zu Mitteln seine Zuflucht zu nehmen, welche dem Verkommenen, durch Herrn Schweinburg bedienten Mittelblättern alle Ehre machen würden. Der neueste Wutausbruch richtet sich gegen eine Neugliederung unseres Centralorgans, welches den Gewissen den sehr vernünftigen Rat gegeben hatte, die Ferien zu unermüdlicher Agitationsarbeit zu benutzen. Namentlich die folgende Stelle in den Ausführungen des Vorworts hat den Form des wüthigen Blattes erweckt: „Es ist traurig, daß es noch immer so viel Menschen giebt, denen man erst klar machen muß, wie schlecht es ihnen wirklich geht, die erst aus ihrem verblendeten Zustandes die Dummheit und ihrer Gleichgültigkeit aufgerüttelt werden müssen. Nie giebt es bessere Gelegenheit dazu, als jetzt in den Ferien, zu dieser ihren eigenen und der Gesamtheit Nutzen nötigen Abeit; man gehe nur mit den geistig Trägern nach den Straßen des Westend, wo die Pförtnerwohnung im Erdgeschloß das einzige Leben im Hause aufweist. ... Und dann erinnere man die Gleichgültigen und Stumpfen an ihre dumpfen Comptoire und ständigen Verkaufsräume — der Anschauungsunterricht soll ja bekanntlich der beste sein.“ Mit wahrer Verfeinerung stürzt sich die Magdeburgerische Zeitung auf diese Stelle und kommentiert sie folgendermaßen: „Das ist so recht die Art, wie die Sozialdemokratie zu aller Zeit ihre Propaganda betreibt. Sie sucht mit Zerbildern der Wirklichkeit die besten Leidenschaften und Begierden, die in des Menschen Brust schlummern, wach zu rufen, ohne selbst den aus dem „Zustandesbewußt“ aufgerüttelten etwas anderes bieten zu können als hohle Versprechungen.“ Das ist uns ja natürlich nicht neu, was hier gesagt wurde, noch weniger neu ist aber der sozialdemokratische Mißton, der nichts für die Arbeiter thut, der gut bezahlte Heher, der von Arbeitergewerkschaften sein Dasein fristet und der vollenbestehenden Arbeiterführer. Dieses alles sind bekannte Typen. Sie verschwinden aus den Spalten mancher Blätter garnicht, in anderen aber feiern sie mit großer Regelmäßigkeit ihre Aufzehrung in den Tagen sommerlicher Schwüle, die für gewöhnlich als Hundstage bezeichnet werden. Wir empfinden unheimlich Bedauern mit den bedauernswerten Schmäts, die den traurigen Beruf haben, die Herrlichkeiten des Gegenwartsstaates gegen den Aufsturm der vaterlandslosen Wölfe zu verteidigen. Sie haben nur die einzige Aufgabe, immer ihr altes Sprichlein herzusagen und in Sozialisten zu machen. Daß für die Dauer eine derartige Leistung selbst den Menschen einträglich, der es sich als Vorzug anrechnen, nur solche „geistige“ Arbeit zu verrichten, welche keine Anstrengung des Gehirns erfordert, ist selbstverständlich. Die Folge hiervon ist eine unheilbare, geistige Depression bei bürgerlichen Intellektuellen, die im verkümmerten Maße in den Hundstagen auftritt, wie Figuren zeigt. —

— Die Petition des wirtschaftlichen Schutzbundes, jener bekannten antisemitischen Gründung, welche vom Magistrat die Einführung einer Umschiffung auf die Konsumvereine verlangt, hat über 3000 Unterschriften gefunden, wenn die Angaben in hiesigen Zeitungen der Wahrheit entsprechen. Daß dieses einen Erfolg bedeute, kann man wohl nicht behaupten. Bei der Reichstagswahl wurden 391 antisemitische Stimmen abgegeben, die mit ihrem nicht wahlberechtigten Anhang doch mindestens 7000 Namen zur Unterzeichnung der Petition ergeben mußten. Statt dessen haben sich aber bloß 3000 gefunden, also noch nicht einmal soviel Petenten als antisemitische Wähler. Und das trotz der Heilbrunnerei. Ein schmachvoller Mißfall, der sich dem bei den Wahlen erhellenden wüthig an die Seite stellt. —

— Zu den Zeiten des wirtschaftlichen Kampfes giebt es wohl für das Unternehmertum keine besseren, tadelloseren Arbeiter als die sogenannten „Arbeitswilligen“. Die werden gehet und gepflegt, erfahren eine überaus humane Behandlung und erhalten oftmals mehr Lohn, als die Streikenden, deren Pläge diese Gentlemans ausfüllen, verlangt haben. Außerdem erfreuen sich diese Elemente auch noch eines weitgehenden Schutzes unserer Behörden, der sogar so weit geht, daß sie unter polizeilicher Bedeckung von und zur Arbeitsstelle geleitet werden. Die streikenden Arbeiter wissen dieses auch wohl zu würdigen und hüten sich, mit einem dieser Herren in Berührung zu kommen, sind sie doch durch die Praxis hinlänglich davon überzeugt worden, daß der § 153 der Gewerbeordnung allen diesen Arbeitswilligen schuldig zur Seite steht. So ist es bei uns. Wie ganz anders aber in anderen Ländern. So finden wir in der Bremer Tagwacht das nach einer Photographie hergestellte Bildnis eines echten und wahren Streikbrechers, der auf diese Art und Weise der wohlverdienten Beachtung seiner Kollegen überantwortet wird. Und wie in England die Thätigkeit dieser Herrn sogar von den Richtern beurteilt wird, haben

wir erst kürzlich unsern Lesern mitgeteilt. Bei uns in Deutschland ist es natürlich anders. Da erhalten diese Burschen den wohlverdienten Vorkurs erst dann, wenn sie ihre Judasarbeit verrichtet haben, vorher erfreuen sie sich aber großer Aufmerksamkeit und Lebenswürdigkeit. Dafür markiert auch Deutschland an der Spitze der Kulturnationen, während England und die Schweiz von unseren Talmtipparaden stets als „wilde Länder“ bezeichnet werden. An der verschiedenartigen Behandlung der „Arbeitswilligen“ sieht man, wie recht die Herren haben. —

— Die Gemeindebeamten der Provinz Sachsen hielten ihre diesjährige Hauptversammlung am Sonntag in Erfurt ab. Dieselbe war von 104 Mitgliedern besucht, welche 1200 Stimmen vertraten. Bei den Beratungen über die Sterbefälle lag ein Antrag vor, die Rasse, welche sich gegenwärtig nur auf die Provinz Sachsen erstreckt, auf das ganze Königreich Preußen auszudehnen. Die definitive Beschlußfassung hierüber wurde indes vertagt und eine Kommission zur Prüfung der Sache gewählt. Bemerkenswert sei, daß die Sterbefälle für Gemeindebeamte der Provinz Sachsen gegenwärtig 423 Mitglieder zählt, die mit ca. 320 000 Mark versichert sind. Die Hauptversammlung beschloß ferner, den in Eberswalde erscheinenden Anzeiger für Gemeindebeamte in Eigentum des Centralverbandes zu übernehmen. Nachdem die bisherige Vorstands wiedergewählt und als Ort der nächstjährigen Hauptversammlung Halberstadt bestimmt, hatten die etwa fünfständigen Beratungen ihr Ende erreicht. —

— Eine für ganz Preußen gültige Fahrrad-Ordnung scheint demnächst in Wirksamkeit treten zu sollen. Das darf man aus der Thatsache schließen, daß eine im Provinzialrat von Schlesien zur Verhandlung gestellte Polizei-Ordnung über den Verkehr mit Fahrrädern ihren Grundzügen nach aus dem Staatsministerium kam. In dem vom schlesischen Provinzialrat angenommenen Entwurf, dessen Genehmigung durch das Staatsministerium nicht zweifelhaft ist, sind im wesentlichen folgende Gesichtspunkte aufgestellt: Fahrräder dürfen in der Regel nur auf den für Fuhrwerke bestimmten Wegen und Straßen benutzt werden. Bestimmte Wege usw. dürfen, auch durch örtliche Verordnung, von dieser Benutzung ausgeschlossen werden. Die verbotenen Wege sind in der Regel durch Tafeln als solche zu kennzeichnen. Innerhalb der Ortschaften und überall da, wo ein lebhafter Verkehr von Wagen, Reitern, Radfahrern und Fußgängern stattfindet, darf nur mit mäßiger Geschwindigkeit gefahren werden. Beim Passieren von engen Brücken, Thoren und engen Straßen, beim Einbiegen aus einer Straße in die andere, bei scharfen, unübersichtlichen Straßenkrümmungen, bei der Ausfahrt aus Grundstücken, die an öffentlichen Straßen liegen und bei der Einfahrt in solche Grundstücke muß so langsam gefahren werden, daß das Fahrrad nötigenfalls auf der Stelle zum Halten gebracht werden kann. In allen diesen Fällen ist es verboten, beide Hände gleichzeitig von der Lenkstange oder die Füße von den Pedalen zu nehmen. An Ecken und Kreuzungspunkten von Straßen, auf schmalen Brücken, in Thoren sowie überall, wo die Fahrräder durch Fuhrwerke usw. verengt ist, ist das Ueberholen verboten. Es müssen bei sich führen und den Aufsichtsbeamten auf Verlangen vorzeigen: 1. Radfahrer, welche in Preußen einen Wohnsitz haben, eine auf ihren Namen lautende, von der zuständigen Behörde des Wohnortes ausgestellte, für die Dauer eines Kalenderjahres gültige Radfahrkarte. Diese wird in Bandreisen durch den Landrat, in Stadtkreisen durch die Ortspolizeibehörde ausgestellt. Für Personen unter 14 Jahren erfolgt die Ausstellung auf Antrag des Vaters, Vormundes oder sonstigen Gewalthabers. 2. Radfahrer, welche ihren Wohnsitz außerhalb Preußens in einem Staat haben, in dem Radfahrkarten gleicher oder ähnlicher Art vorgeschrieben sind, eine nach den dortigen Bestimmungen gültige Radfahrkarte. 3. Radfahrer, welche weder in Preußen noch in einem unter 2 genannten Staate ihren Wohnsitz haben, einen anderweitigen genügenden Ausweis ihrer Person. Militärpersonen, welche das Fahrrad dienstlich benutzen, bedürfen einer Radfahrkarte oder eines sonstigen Ausweises nicht. —

— Dienstag vormittag wurden von der Feuerweh beim Auswerfen einer Kachelrinne in der Karlsrufer einige nebeneinander liegende wensliche Skelette aufgefunden. Dem Umfange und der gleichmäßigen Lage der Ueberreste nach hat sich an dieser Stelle früher ein Begräbnisplatz befunden. —

Nachrichten aus der Provinz.

Halberstadt. (Von der Lokomotive überfahren.) Auf dem hiesigen Hauptbahnhofe wurde der langjährige, treue Bahnbeamte Behrens von hier beim Umsteigen einer Weiche in schrecklichster Weise von der Maschine verkrüppelt, so daß dessen Tod sofort eingetreten ist.

Klein-Ottersleben. (Ueberfahren.) Montag abend wurde ein 7jähriger Knabe dicht vor Klein-Ottersleben von einem mit Straßenbahnmaschinen beladenen Wagen überfahren. Der Knabe erlitt erhebliche Verletzungen an Kopf und anderen Körperteilen, doch ist Hoffnung vorhanden, ihn am Leben zu erhalten. —

Queblinburg. (Hochwasser.) Wie vorausgesehen war, sind durch die gewaltigen wolkenbruchartigen Regengüsse die Bode und ihre Zuflüsse gewaltig angeschwollen. Wie gemeldet, ist die Bode hier um mehr als 2 Meter gestiegen und hat eine Fußgängerbrücke mit fortgerissen; eine andere mußte wegen derselben Gefahr gesperrt werden. Ein Ueberfluten in den Niederungen ist wahrscheinlich. Zwei Pferde sind dem Hochwasser schon zum Opfer gefallen. Am Montag abend beging ein Knecht die Unvorsichtigkeit, mit einem mit zwei Pferden gespannten Ackerwagen oberhalb der Stumpfsbürgen Weide in die Bode zu fahren, um den Wagen zu reinigen. Das Gespann wurde von dem jetzt zum reißenden Strom angeschwollenen Gewässer mit fortgerissen. Der Knecht rettete mit genauer Not sein Leben, während beide Pferde ertranken. —

Nachrichten aus dem Reiche.

Braunschweig. (Vom Hochwasser.) Schlimm gehaut hat das Hochwasser im Harz und in Braunschweig. In Seesen ist der Kurpark verkrüppelt, die Brücken sind zerstört, die Landesisenbahn mußte fredsweise den Betrieb einstellen. Ähnlich wird bekannt gemacht: Die Sperrung der Strecke Harzburg-Weinburg ist behoben, die Sperrung der Strecke Wörpsum-Schladen dauert noch an. Auch die Strecken Wolfenbüttel-Weidesee und Wolfenbüttel-Hedwigsburg waren zeitweise durch Hochwasser gesperrt, sind aber jetzt wieder fahrbar. Das Hochwasser „at seit Montag nach die Stadt Braunschweig erreicht. Das Sommertheater, die Parks, Gärten und Häuser stehen unter Wasser, welches noch weiter steigt. Es droht die Gefahr, daß die Wasserwerke und die elektrische Straßenbahn den Betrieb einstellen müssen. Das Wasser ist bereits 30 Centimeter über den höchsten Stand im Jahre 1881 gestiegen. —

Kreuznach. (Zwischenraub.) Ein großer Zwischenraub hat sich Ende voriger Woche in Kreuznach verübt worden. Gestohlen sind im ganzen 152 Ringe, darunter 30 Trauringe, im Werte von 9500 Mk., eine Tafel von eingeklebten Steinen, Brillanten usw., 12 000 Mark wert, 9 Brochen im Werte von 4365 Mark, Ohrringe, Nadeln, Herren- und Damenketten, Armbänder usw., zusammen für 45 000 Mark. Einer der Zwischenräuber wurde am Montag in Trier verhaftet, als er den Raub verkaufen wollte. —

Wilhelmshaven. (Beim Böllerschießen verunglückt.) Ein schweres Unglück lag sich in dem einige Stunden von Wilhelmshaven entfernt liegenden Ort Hoopfel zu. Derselbst sollten aus Veranlassung des Geburtstages des Großherzogs von Oldenburg aus einem alten Böller Schiffe abgegeben werden. Das Kobyl sprang entzwei. Durch die naherfliegenden Eisenstücke wurde dem Postkavalier Friedrich eine Hand und dem Kaufmann Behrens ein Daumen abgerissen. Ferner erlitt Friedrichs Brandwunden durch das entzündete Pulver. —

Gerechtliche Urteile.

Landgericht Magdeburg.

Die Arbeiter Gottfried Wiesener, geboren 1866 und Carl Gumbert, geboren 1861, zu Mendorf, schlugen am 5. Juni d. J. einen Feldhüter, der sie beim Aufstellen von Hamsterfallen betraf. Gumbert gebrauchte bei der Miß-

handlung einen Spaten. Der Gerichtshof verurteilte Wiesener zu 4 Monaten, Gumbert zu 8 Monaten Gefängnis. —

Der Bäcker Karl Franke aus Landsberg a. W., geboren 1847, traf am 17. Juni d. J. auf dem Wege von Calbe a. S. nach Nienburg mit drei Handwerksburschen zusammen und nahm dem einen von ihnen in dem Spiel „Kimmelblättchen“ 20 Mark ab. Dann wollte er sich heimlich entfernen, wurde aber verfolgt und gab auf Verlangen das Geld zurück. Der Angeklagte erhielt wegen gewerbmäßigen Glückspiels 1 Monat Gefängnis. —

Der Schuhmacher Georg Reitel, geboren 1878, der Arbeiter Robert Linke, geboren 1880, und der Arbeiter Otto Debing, geboren 1879 zu Neustadt, stahlen aus einem verwahrten Eisenbahnwagen etwa 13 Kilogramm Zucker. Der Gerichtshof strafe Reitel und Debing mit je 8 Monaten, Linke mit 2 Monaten Gefängnis. —

Der Couriergebote Robert Bape hier wurde von der Anklage der Unterschlagung freigesprochen. —

Der Schlosser Walter Löhner hier, geboren 1876, öffnete im Juni 1893 mit einem falschen Schlüssel die Wohnung eines Bäckermisters und stahl 19 Mark. Im September 1893 hatte er im Auftrage seines Meisters in einem Hause eine Reparatur zu besorgen und benutzte die Gelegenheit, dem Hausdiener 20 Mark zu entwenden. Am 29. Mai 1898 öffnete er Heiliggeiststraße 22 die Wohnung einer Witwe mit einem Dietrich und stahl 25 Mark. In gleicher Weise entwendete er einem Rorbmachermeister am 6. Juni d. J. 200 Mark. Der Angeklagte war geständig und wurde zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis, sowie drei Jahren Ehrverlust verurteilt. —

Der Arbeiter Carl Wellin zu Neustadt, geboren 1870, ging im Mai d. J. mit einer Sammelliste für die streikenden Maurer umher und drohte in Restaurationen, wenn er kein Geld bekam, er werde die Sperre über das Lokal verhängen lassen. Den Angeklagten trafen wegen verführter Erpressung in 2 Fällen 8 Monate Gefängnis und wegen unbefugten Kollektierens 30 Mark Geldstrafe. —

Der Schlosser Otto Finte, geboren 1872, und der Arbeiter Franz Alpers, geboren 1877, von hier, zechten am 10. Juni d. J. gemeinschaftlich mit dem Arbeiter Lachmund bei einem Viktualienhändler in der Hohenzollernstraße und liehen sich freihalten. Als Lachmund eingeschlagen war, stahlen sie ihm das Portemonnaie mit 8 bis 9 Mark Inhalt. Das Urteil lautete in Anbetracht der Vorstrafen gegen Finte auf 6 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust, gegen Alpers einschließend der noch abzubühenden Strafe auf 2 Jahre 3 Monate Zuchthaus, 3 Jahre Ehrverlust und Polizeiaufsicht. —

Der Knecht Friedrich Engelmann zu Beppernick, geboren 1877, setzte beim Cigarrenanzünden aus Fahrlässigkeit einen Strohdieben in Brand und wurde dieserhalb mit 30 Mark Geldstrafe belegt. —

Der Kaufmann Paul Gude hier wurde von der Anklage des Betrugs freigesprochen. —

Der schon öfter bestrafte Malergehilfe Max Hartkopf hier geb. 1868, beleidigte am 29. Mai d. J. auf der Straße eine Arbeiterfrau und legte sich dem Schutzmann gegenüber einen falschen Namen bei. Der Gerichtshof erkannte auf 20 Mark Geldstrafe und Publikationsbefugnis. —

Der Bergarbeiter Joseph Michalock, geb. 1871, und Sylvester Nowack, geb. 1878, auf Grube „Victoria“ bei Hötensleben, gerieten am 21. Mai d. J. mit dem Bergarbeiter Valentin Kuliz daselbst, geb. 1877, in Rederei und Streit. Schließlich entwickelte sich eine Schlägerei, wobei Stiefelabsätze, eine Flasche und die Zähne gebraucht wurden. Kuliz biß Nowack in die Nase. Michalock und Kuliz erhielten je 6 Wochen Gefängnis, Nowack 10 Mark Geldstrafe zuerkannt. —

Vereine, Versammlungen, Vergnügen.

Am Sonnabend, den 9. d. M. tagte im Bürgerhause die Mitglieder-Versammlung der Sozialarbeiter, Filiale Magdeburg. Zum 1. Punkt der Tagesordnung hielt Genosse Wosch vor einer leider etwas schwach besuchten Versammlung, einen Vortrag über „Die Bürde und der Arbeitsmarkt“. Redner schilderte in vortrefflicher Weise die Thätigkeit der Bürde in früheren Jahren, bis auf die Neuzeit, wo sich dieselbe sehr geändert hat. Sodann führte Redner den anwesenden vor Augen, daß auch sie ihr Augenmerk auf die Thätigkeit der Bürde zu richten haben, insbesondere die Industriearbeiter. Der Vortrag wurde ohne Diskussion mit großem Beifall angenommen. Beim zweiten Punkt der Tagesordnung machte sich die Wahl zweier Hilfskassierer notwendig wozu sich Kollegen freiwillig meldeten. Nach einer längeren Diskussion über diese Einrichtung wurde zum dritten Punkt der Tagesordnung übergegangen, wobei die etwas verspätete Abrechnung vom Biervergütungen vorgelesen wurde. Die Ausgabe belief sich auf 197 Mark 10 Pfg., die Einnahme auf 314 Mark 50 Pfg., Ueberschuß 117 Mark 40 Pfg. Der Ueberschuß wird zu wohltätigen Zwecken verwendet werden. Unter dem Punkt Verschiedenes wurde beschloßen, den geplanten Ausflug nur stattfinden zu lassen, wenn die Witterung dies erlaube. —

Die Freie Gemeinde Sudenburg zählt seit ihrem 4jährigen Bestehen jetzt 176 Mitglieder. 175 Kinder erhalten durch Herrn Dr. Kramer-Magdeburg Sittenunterricht, welcher im Volksschulgebäude Braunschweigerstraße stattfindet. Die Kinder sind infolge dessen vom konfessionellen Unterricht der Schulen entbunden. Die Freie Gemeinde feiert am Sonntag, den 17. Juli, nachmittags 3 Uhr, bei Herrn Em. Schütte ein Sommer-Kinderfest durch Garten-Konzert und Kränzchen. Ein Kinder-Gesangchor wird durch Gesangsvorträge das Fest besonders verschönern. Alle Gesinnungsgegnossen sind hierdurch freundlichst eingeladen. —

Donnerstag, 14. Juli:

Arbeiterradfahrklub für Magdeburg und Umgegend. Außerordentliche Generalversammlung abends 8 Uhr in „Friedrichsplatz“.

Sudenburg Arbeiter-Gesangverein. Jeden Donnerstag abends 8 Uhr Uebungsstunde im Deutschen Hof, Michaelstraße 16.

Turnverein „Vorwärts“, Sudenburg. Jeden Dienstag und Donnerstag abends 8 Uhr Turnstunde in der „Berbster Bierhalle“, Schöningerstraße 28.

Arbeiterradfahrklub Neustadt. Uebungsabende Dienstag und Donnerstag abends 8 Uhr im Weihen Kirch.

Gesangverein „Vorwärts“, Lemsdorf. Jeden Donnerstag abend 8 1/2 Uhr Uebungsstunde im Deutschen Kaiser.

Arbeiterradfahrklub „Gleichheit“, Al.-Ottersleben. Jeden Donnerstag abends 8 1/2 Uhr Uebungsstunde bei Restauration „Nylus“.

Freitag, 15. Juli:

Arbeiterradfahrklub „Vorwärts“, Lemsdorf. Uebungsabende Freitag Turnstunde in der Krone, Moldenstraße.

Neustädter Arbeiter-Gesangverein. Jeden Freitag abends 8 1/2 Uhr
 Nebungsstunde im Weissen Kirch.
Turnverein „Fahn“, Eudenburg. Jeden Mittwoch und Freitag Turn-
 abend in der „Herbster Bier“, alle, Schönningerstraße 28.
Freie Turnerschaft Magdeburg-Wilhelmstadt. Jeden Dienstag und
 Freitag Turnstunde im Luisenpark.
Arbeiter-Turnverein „Vorwärts“, Fernerleben. Jeden Dienstag und
 Freitag, abends 8 Uhr, Turnstunde bei Lausch.
Männerturnverein Obvendicht. Jeden Dienstag und Freitag, abends
 8 Uhr, Nebungsstunde bei W. Hirschfeld.
Freie Turnerschaft Burg. Jeden Dienstag und Freitag von 8-10 Uhr
 Turnstunde im „Hofflager“.

Cirkus-Theater.

Es, wie schon mitgeteilt, finden im Cirkus jeden Abend
 Spezialitäten-Vorstellungen statt, die sich einer großen Beliebtheit
 beim Publikum erfreuen. Von dem früheren Personal ist Frl. Toni
 Leonhardt (Kostüm-Soubrette) und der bekannte Humorist Hugo Hoch-
 jenuß vorhanden, der letztere hat übrigens mit Herrn Paul F. Jacoby
 die Direktion des Sommer-Variétés-Ensembles. Das Programm ist
 ein so vorzügliches, daß es schwer ist, die eine oder andere Nummer
 besonders lobend hervorzuheben. Den reichsten Beifall erhalten
 unstreitig die als Sisters Amelle und als Familie Trapnell auftretende
 Gruppe, welche sich aus sehr jugendlichen Mitgliedern zusammensetzt;
 sie produzieren sich als Tänzer und Künstler mit dem Springstiel,
 wozu letzteres einem recht anmutig erscheint; bewundernswert sind die

Leistungen der beiden jüngsten, eines Mädchens von ca. 7-8 Jahren
 und eines Knaben im Alter von ca. 5-6 Jahren. Herr Soberto, der
 sich als Gentleman-Jongleur dem Publikum zeigt, bietet verschiedene
 neue Tricks, welche hier noch nicht gesehen wurden. Die Gesangs-
 duettisten Leopold und Faltony besitzen neben prächtigen Kostümen
 eine Sicherheit im Vortragen ihrer humorvollen Gesangs-Potpourris,
 wie man sie nicht besser wünschen kann. — Den größten Lacherfolg
 hat ja selbstverständlich die Aufführung des einaktigen Ensembles
 „Die Jagd nach dem Wild“, die von Hugo Hochjenuß zu stammen
 scheint, der übrigens auch in derselben eine Glanznummer seiner
 Leistungen bietet; jede Scene ist da von sprudelnden Lachen und ver-
 blüffenden Wit begleitet. Wer solchen Abend im Cirkus beigemohnt
 hat, ist sehr befreitigt von dem gebotenen, sodas auch wir den Besuch
 nur empfehlen können. —

Quittung.

In Parteilzwecken gingen ein: C., Wanzlebenstr. 2, 0,75. —
 Fahrt nach Bismarck 0,80. — W., Neustadt, 1,00. — Eine Wette
 3,00. — Karten 1,10. — Fidele Cracauer 2,00. — Ausflugskarten
 0,20. — Feuerfresser bei Kellner 2,20. — Drei Eintrittskarten 0,30. —
 V. 0,50. — Stadt-Geburtsstagschnaps 30,75 1,00. — Kellers Brief-
 kasten 0,60. — 1/2 von Ausgabestellen 2,05. — Ein roter Meister mit
 blaue 0,50. — Porto 0,17. — B. hat verspielt bei S. u. W. 1,60. —
 Motor Klempner 1,00. — Dresdener Sonnenschirm 1,00. — B. Be-
 zahlen einer Rechnung v. W., Neustadt, 3,90. —
 Albert Vater, Vertrauensmann.

Für die freireisenden Bauarbeiter Magdeburg gingen ein:
 Amerikaner von der Geburtsstagsfeier bei Reibitz 7,50. —
 M. Frech, Vertrauensmann der Bauarbeiter Magdeburgs.

Für Parteilzwecke gingen beim Vertrauensmann in Burg ein:
 Verspielte Wette 0,20. — Ungenannt 1,00. — Schwarzer Storch 2,00.
 — Automat in zwei Raten 14,00. —
 C. Naturbe, Vertrauensmann für Burg.

Briefkästen.

A. G. Wir besitzen mit den Kreisen, aus denen derartige Ge-
 schenke kommen, keine Fühlung und können infolgedessen leider Ihre
 Anfrage nicht beantworten. —

Auskunft in Rechtsachen.

Nr. 181, P. V. 1 und 2: Das hängt davon ab, wohin Sie
 gehen. Wenn Sie nach Nordamerika gehen, können Sie nach fünf
 Jahren wiederkommen. 3. Fragen Sie beim Norddeutschen Lloyd an.
 — C. A. Der Anspruch ist nicht verjähr. Der Vater kann aber
 Herausgabe des Kindes fordern und braucht, wenn sie ihm verweigert
 wird, für die Zukunft nichts mehr zu zahlen. — G. M. A. Die
 Leute können Erstattung der Kosten nicht beanspruchen. — Zeugener.
 Sie müssen die Maschine zunächst behalten und können bei Nichtzahlung
 der Raten nach Wahl der Firma auf Zahlung derselben oder Rück-
 gabe der Maschine verlagt werden. —

Grosse Gewerkschafts-Versammlung

im Luisenpark

am Donnerstag, den 14. Juli, abends 8 Uhr.

Tages-Ordnung:

1. Fortsetzung der Diskussion über den ersten Punkt der am Montag, den 11. Juli, aufgelösten Versammlung: „Stellungnahme der arbeitenden Bevölkerung Magdeburgs zum Bauarbeiterstreik“.
2. Die bevorstehenden Gewerbegerichtswahlen und die Innungsschiedsgerichtswahlen. Referent: August Fabian.

Freie Diskussion.

Eintritt 10 Pfg.

Hugo Gärtner, Vertrauensmann der Metallarbeiter Magdeburgs.

Färberei u. chemische Reinigung. 932 **Kleid zu reinigen . . . von 1.50 Mk. an.** **Schildergasse 2/3 und Lödisehofstrasse 17.**
Kleid zu färben . . . von 1.50 Mk. an. **Leopold Bausleben.**
Anzug zu reinigen . . . von 1.50 Mk. an.

Gr. öffentl. Maurerverammlung
 Freitag, den 15. Juli, abends 7 Uhr
im Luisenpark, Spielgartenstr.
 Tages-Ordnung:
Bericht über den Stand des Streiks.
 Alle Arbeitswilligen werden ersucht, zu erscheinen.
 Die gesamten Maurer werden in ihrer ganzen Stärke
 erwartet.
Die Lohnkommission.

Achtung! 134 **Arbeiter!**
 Hierdurch wird auf das Versandgeschäft des Herrn
Gust. Windhövel, Solingen, Kullerstr.
 aufmerksam gemacht. Es kommen nur beste
Solinger Stahlwaren
 unter Garantie zum Verkauf.
 Illustr. Preisbücher gratis und franko.

Aufständiges Logis zu vermieten
 Rogauerstraße 77, v. 1 Tr., I.
Küchengehälde des Lehrerehen- und
Damenheims,
 Breitenweg 82, 1 Tr.
 Donnerstag: Bierkaffee, Karbonade
 mit grünen Erbsen und Röhren, Salz-
 tartoffeln.
Küchengehälde der Magdeburger
Volkshaus
 Gr. Marktstr. 2 und Schmidstr. 61.
 Donnerstag: Weiße Bohnensuppe mit
 Rindfleisch.
 Freitag: Grüne Bohnen mit Hammelfleisch

Centralverein der deutschen Formner
 und Berufsgenossen.
 Sonnabend, den 16. Juli, abends 8 Uhr, bei Seebold, Braunschweigstr. 3
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 Vortrag des Kollegen Bender. Besprechung ver-
 schiedener Nebelstände und Verschiedenes.
 Die Erhebungsverwaltung der Zahlstelle Magdeburg.

Fleischhalle
 Alte Markt 25, Eckhaus Butterm.
 Kalbfleisch, Pf. 15, 40, 45, 50, 55 Pf.
 Schweinefleisch, Pf. 30, 40, 50, 55, 60 Pf.
 Verkauf nur Freitags und Sonnabends.

Der stillen Saison
 wegen verkaufe
Möbel, Spiegel,
Polsterwaren
 zu bedeutend herabgesetzten
Preisen:
 ca. 30 Sofas, 25 gut polierte Bett-
 stellen mit Matratzen, ca. 100 Spiegel
 und Trumeaus, sowie echt mahagoni
 und birchene Möbel in großer Auswahl.
 Machen nochmals auf die bedeutende
 Preisermäßigung aufmerksam.
 89/90 Breitenweg 89/90
 Pferdebahnhofsteile Schottstraße.
 Jeder Käufer erhält das Pferdebahngeld
 wieder zurück. 1686

Cirkus.
(Sommer-Varietees.)
 Täglich:
 Familien-Spezialitäten-Vorstellung.
 Dauerarten sind gültig.

Rechts-Bureau
 Lebegott, Referendar a. D.
 Prälatenstr. 1. Mündl. Bespr. einer
 Sache 1-1.50 Mk. bei Obj. bis 1000 Mk.
Künstl. Zähne, Gebisse u.,
 Zahnziehen, Plombieren etc. schmerzlos
 Magdeburg, Breitenweg 209/210, n. Hauptp.
 Anerk. billigste Preise. — P. Scholze.

Georg Mook
 89/90 Breitenweg 89/90.
 * Gut erhaltene Kinderbettstelle billig
 zu verkaufen Umfassungstraße 35, 2 Tr.

Viktoria-Theater.
 Donnerstag, den 14. Juli 1898:
 1. Gastspiel des Herrn Carl William Bühler.
Der Registrator auf Reisen.
 Posse mit Gesang in 3 Akten von Moser
 und V. Kröning. Musik von Wial.
 Casar Wichtigt, Registrator —
 Herr Carl William Bühler.

Dampferfahrt nach Grünewalde
 des
I. Sudauer Athletenklubs Germania
 am Sonnabend, den 23. Juli
 unter gütiger Teilnahme der Musikvereine „Serno“ (Sudau) und „Concertino“
 (Neustadt).
 Abfahrt des Dampfers „Schnadenburg“ vom Strombad 8 Uhr, von der Elbstraße,
 Sudau, 8 1/2 Uhr.
 Karten für Erwachsene à 50 P., für Kinder à 10 P. sind bei Herrn Böhme, Sudau,
 Schönebenderstraße 39, Cigarrengeschäft, und bei sämtlichen Mitgliedern zu haben.
 447 Das Komitee.

25 Sofas und
Divans
 werden einzeln mit
 einer Anzahlung
 von Mk. 5.00 und
 wöchentlicher Ab-
 zahlung von
 1.00 Mark an ab-
 gegeben.
S. Osswald
 Ulrichstraße 14
 1669 1. Etage
 gegenüber der
 Ulrichskirche.

Burg. Burg.
 Sonntag, den 17. Juli:
Enten- u. Topfkuchen-
Anskegeln. 1723
 Es ladet ergebenst ein
Carl Jesse.
 Aufst. Logis Bismarckstr. 18, 2 Tr.
 Aufständiges Logis für 1 Herrn zu
 vermieten Prälatenstr. 18, v. 4 Tr.
 Freundliches Logis für 2 junge Leute.
 1712 Neuhaldenslebenstr. 2, 1 Tr.

Walhalla-Theater.
 780 Täglich Künstler-
 Spezialitäten-Vorstellungen.

Restaurant zur deutschen Flotte.
 Sonnabend, den 16. d. Mts.
Schlachtfest. 1721
 Auch bringe mein
Frühstücks-Local
 in freundliche Erinnerung. Jeden Morgen Büfelfleisch, H. Zauersche und frische
 Würst, ausgezeichnete Biere und Weine, sowie kalte Gatte auf Eis.
 Sonntags früh um 4 Uhr geöffnet.
Gustav Böhme, Al. Stadtmarsch 8b.

Ferien-Sonderzüge nach
Hamburg
 am 16. Juli und 13. August.
 Zu denselben werden auf den größeren
 Stationen der Strecke Leipzig—Halle—Mag-
 deburg—Stendal—Salzwedel und den an-
 schließenden Strecken 30 tägige Rückfahr-
 karten nach Hamburg, Altona, Kiel, Glücks-
 burg, Rendsburg, Eutin, Helgoland,
 Nordsee (über Helgoland), Borkum (über
 Helgoland), Wismar oder Widdin-
 dinn und Westerland a. Sylt ausgegeben.
 Die Fahrzeiten, Fahrpreise und sonstigen
 Beförderungsbedingungen ergeben sich aus
 der „Fugäberichten“, welche von den
 betr. Fahrkarten-Ausgaben un. utgänglich ab-
 gegeben werden oder auch gegen Einsendung
 des Postos durch die Post bezogen werden
 können.
 Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 162.

Magdeburg, Donnerstag, den 14. Juli 1898.

9. Jahrgang.

Eine Betrachtung über das Reichstagswahlrecht.

Das von den reaktionären Parteien so heftig angegriffene bestehende Reichstagswahlrecht, dieses vorgebliche Mittel zur Errichtung einer „Diktatur der Demokratie“, ist weit davon entfernt, den demokratischen Grundsätzen zu entsprechen. Die das Sonderinteresse der herrschenden Stände und Klassen vertretenden sogenannten „staatserkhaltenden“ Parteien haben dieses Wahlrecht von vornherein mit allerlei Klauseln versehen zu dem Zwecke, der Allgemeinheit denselben Abbruch zu thun, und zwar speziell nach der Seite hin, wo das besitzlose arbeitende Volk in Frage kommt.

Zunächst ist zu bemerken, daß nach Abs. 3, § 3 des Wahlgesetzes von der Berechtigung zu wählen ausgeschlossen sind solche Personen, welche eine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln beziehen oder im letzten der Wahl vorhergegangenen Jahr bezogen haben.

So wird der Arme, der, um nicht zu verhungern, auf Unterstützung aus öffentlichen Mitteln angewiesen ist, gleichgestellt dem Verbrecher, dem Dieb, dem Gauner, dem Sittlichkeitsfälscher, dem Mörder, dem infolge rechtskräftigen Erkenntnisses der Vollgenuss der bürgerlichen Ehrenrechte entzogen ist. (Abs. 4, § 3 des Wahlgesetzes.)

Diese Gleichstellung involviert eine unsagbar gehässige und empörende Verletzung der Gerechtigkeit. Die erdrückende Mehrzahl der Empfänger von Unterstützung aus öffentlichen Mitteln ist arm und elend nicht durch eigene Schuld, sondern durch die Schuld der Gesellschaft; sie sind die Opfer der Ausbeutungsprivilegien, welche die besitzlosen arbeitenden Klassen beherrschen. Viele Tausende ehrliche Arbeiter mühen sich vergeblich ab, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um wenigstens so viel zu gewinnen, als zur Abwendung des Hungersterbens erforderlich ist. Lange widerstreben sie dem Gedanken, um ein Almosen aus öffentlichen Mitteln zu betteln. Aber endlich zwingt des Hungers furchtbare Macht sie doch dazu, und nun gehen sie ihres wichtigsten politischen Rechtes verlustig; sie dürfen nicht wählen gleich dem durch gerichtliches Urteil gebrandmarkten, im Zuchthause sitzenden Verbrecher.

Und solch ein ungeheuerliches Unrecht nennen dieselben Leute „Gerechtigkeit“, welche die notleidende Masse traktieren mit der Phrase vom „praktischen Christentum“ und mit frömmelndem Augenaufschlag verkünden: „Seiner Armut braucht sich niemand zu schämen. Armut ist keine Schande.“

Ein weiteres Unrecht ist, daß die Frauen vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. Unsere Partei fordert bekanntlich die Ausdehnung des Wahlrechts auf die Frauen. Es giebt keinen vernünftigen Grund, dieser Forderung zu widerstehen. Das weibliche Geschlecht hat schwere Pflichten für Staat und Gesellschaft zu erfüllen. Viele Millionen Frauen sind produktiv thätig und müssen den Lebensunterhalt für sich und ihre Familie genau so verdienen wie die Männer. Die Leistung direkter und indirekter Steuern ist für die Frauen ebenso selbstverständlich wie für die Männer, und sie sind in demselben Maße wie diese interessiert an allen gesetzlichen und öffentlichen Maßnahmen. Aber nichtsdestoweniger widerstreben sich die herrschenden Stände und Klassen der politischen Gleichberechtigung der Frau.

Ferner beginnt das Wahlrecht erst nach zurückgelegtem 25. Lebensjahre. Die Sozialdemokratie fordert, daß alle Staatsbürger, die das 20. Lebensjahr vollendet haben, wahlberechtigt sind. Auch für diese Forderung giebt es durchschlagende Rechtfertigungen. Mit vollendetem 20. Lebensjahre muß der Mann sich in den Dienst des Vaterlandes stellen, er muß Soldat werden. Mit dem vollendeten 21. Lebensjahre wird er mündig, er wird für rechtsfähig erklärt, sein Vermögen zu verwalten. Seine Steuerkraft zur Unterhaltung des Staats wird bereits weit früher in Anspruch genommen.

Was die Sozialdemokratie da verlangt, ist durchaus nichts „Unerhörtes“. In der Schweiz erhält jeder Bürger mit dem vollendeten 20. Lebensjahre das Stimmrecht in allen öffentlichen Angelegenheiten. In Frankreich genießt jeder Bürger das Staats- und Gemeindevahlrecht vom vollendeten 21. Lebensjahre an. In England und den Vereinigten Staaten tritt die Wahlfähigkeit mit demselben Lebensalter ein.

Wir haben auch viel näher liegende Beispiele. In Bayern, sowie in Weimar und einigen anderen deutschen Mittel- und Kleinstaaten ist jeder Staatsangehörige mit dem vollendeten 21. Lebensjahre Urwähler. In den Ersten Kammern der Landesparlamente werden die Mitglieder der privilegierten Geschlechter zugelassen, sobald sie das 21. Lebensjahr vollendet haben; die Prinzen werden sogar schon vom 18. Lebensjahre ab für fähig erachtet, Gesetzgeber zu sein.

Die Angst vor der Sozialdemokratie, die Furcht vor der radikalen Gesinnung des jungen Geschlechts einzig und allein ist es, welche die „Ordnungsparteien“ darauf Bedacht nehmen heißt, das Wahlfähigkeitsalter möglichst hoch zu setzen. Den Konservativen ist ja selbst das 25. Lebensjahr noch zu niedrig, sie fordern das 30. Lebensjahr oder ein noch höheres Lebensalter für die Wahlfähigkeit.

Ein schwerer Uebelstand ist es weiter, daß die Wahl an einem Werktag anberaumt werden darf und stets so anberaumt wird. Das Wahlgesetz und das Reglement zu demselben geben darüber keine bestimmte Vorschrift. Er-

fahrungsgemäß verhindert die Vornahme der Wahl an einem Werktag in jedem Wahlkreise Tausende von Wählern aus der arbeitenden Klasse, ihr Wahlrecht auszuüben, da sie in Rücksicht auf ihren Verdienst ihre Arbeit nicht verlassen oder nicht verlassen können. Zudem gewährt die Wahl an einem Werktag Unternehmern und Behörden Gelegenheit, den schandbarsten Druck auf die von ihnen wirtschaftlich abhängenden Arbeiter und Angestellten auszuüben, ihre Stimmabgabe zu kontrollieren usw. Wie die Hammel werden sie oft unter Aufsicht der Unternehmer oder Betriebsbeamten aus den Werkstätten an die Wahlurne geführt, um bei Vermeidung brutaler Maßregelung auf Kommando ihrer „Herren“ zu stimmen gegen ihre eigene Ueberzeugung. In den Wahlakten des Reichstages sind Tausende solcher Fälle mitgeteilt und Dutzende von Wahlen sind deshalb schon vom Reichstag für ungültig erklärt worden. Aber der schändliche Unfug dauert fort; auch bei den letzten Wahlen, besonders bei den Stichwahlen, ist er vielfach wieder verübt worden. Und leider giebt es kein Gesetz, das solche Vergrößerung der Wahlfreiheit mit gebührender Strafe bedroht. Für geschlechtliche Notzucht hat man die Zuchthausstrafe, für die moralische, die bei öffentlichen Wahlen „Arbeitsherrn“ an „ihren“ Arbeitern und Angestellten begangen, kennt das Strafgesetzbuch keine Strafe. Dasselbe bedroht nur die Verhinderung der Ausübung des Wahlrechts durch Gewalt oder Bedrohung mit einer strafbaren Handlung, sowie den Kauf oder Verkauf von Wahlstimmen mit Strafe. Aber Erpressung von Wahlstimmen in der angegebenen Weise, die kann straflos verübt werden im Namen der „Ordnung“ und Unternehmer-„Autorität“. Ja, die Stimm- und Konferten haben im Reichstage mehr als einmal geradezu ein „Recht“ des Unternehmertums auf solche Vergrößerung beansprucht!

Deshalb sollten, wie unser Programm es fordert, die Wahlen an einem gesetzlichen Ruhetage, wo jeder wirtschaftlich abhängige Wähler frei über sich verfügen kann, vorgenommen werden. Ueberdem sind noch besondere Einrichtungen zu treffen, die Wahlfreiheit ausreichend zu schützen; so die Gleichmäßigkeit der Stimmzettel und deren Abgabe in amtlich gestempelten Couverts usw. Die wirklich geheime Stimmabgabe ist unbedingt und in weitreichendstem Maße sicher zu stellen.

Das sozialdemokratische Programm fordert bekanntlich das Proportionalwahlrecht und bis zu dessen Einführung die gesetzliche Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung.

Für letztere Forderung können wir auf das bestehende Gesetz uns berufen. Das Deutsche Reich ist seit seiner Gründung in 397 Wahlkreise eingeteilt. Jeder Wahlkreis soll nach § 5 des Wahlgesetzes durchschnittlich 100 000 Einwohner umfassen; ein Ueberschuß von mindestens 50 000 Seelen der Gesamtbevölkerung eines Bundesstaates soll vollen 100 000 Seelen gleichgerechnet werden. Weiter bestimmt dieser Paragraph:

„Eine Vermehrung der Zahl der Abgeordneten infolge der steigenden Bevölkerung wird durch das Gesetz bestimmt.“

Bis auf den heutigen Tag ist diese übrigens auch noch im Art. 20 der Reichsverfassung vorgesehene gesetzliche Neuverteilung der Abgeordnetenzahl nicht vorgenommen worden, obwohl die Volkszahl des Deutschen Reiches von 40 816 244 im Jahre 1869 auf 52 279 901 im Jahre 1895 gestiegen ist. Entsprechend dieser Steigerung müßten eine weit größere Zahl von Abgeordneten, als 397, für den Reichstag gewählt werden. Berlin zum Beispiel würde schon nach der Volkszählung von 1890 nach dem Verhältnis seiner Einwohnerzahl auf 14 Abgeordnete Anspruch gehabt haben, während es nur 6 Abgeordnete zu wählen hat. Hamburg würde, statt wie jetzt 3 Abgeordnete, deren sieben in den Reichstag zu entsenden haben. Nehulich liegt das Verhältnis, oder richtiger das Mißverhältnis, in anderen deutschen Großstädten.

Die Sozialdemokratie und der Freisinn haben im Reichstag des öfteren die Neueinteilung der Wahlkreise gefordert. Aber die Regierung und die herrschenden Parteien haben diese Forderung stets abgewiesen. Ihre Gründe sind leicht erkennbar: Sie befürchten, daß durch die Neueinteilung die Sozialdemokratie einen großen Zuwachs von Mandaten erhalten würde. Die ländlichen Bezirke entvölkern sich; die Arbeitermassen strömen in den Centralpunkten der Industrie und des Handels, in den Großstädten und deren nächster Umgebung, zusammen; sie vermehren und verstärken in diesen Bezirken die Macht der Sozialdemokratie. Grund genug für die Reaktion, der Neueinteilung der Wahlkreise zu widerstreben.

Zur Wahlrechtsform gehört auch die Einführung möglichst kurzer Legislaturperioden. Nach unserer Forderung soll das Volk alle zwei Jahre berufen sein, die gesetzgebende Körperschaft zu wählen. Bis zum Jahre 1890 fanden die Reichstagswahlen alle drei Jahre statt. Als aber das Volk im Jahre 1887 sich betrogen ließ und den Reichstagswahltag wählte, da haben die verräterischen Kartellparteien — Konservative, Nationalliberale usw. — die Gesetzgebungsperiode um zwei Jahre verlängert und so des Volkes wichtigstes Recht beschmitten.

Schon die erste, im Mai d. J. zu Ende gegangene fünfjährige Legislaturperiode hat darüber belehrt, wie sehr Legislaturperioden von solcher Länge dem Mißbrauch der Gesetzgebung zu reaktionären, volksfeindlichen Zwecken dienen und geeignet sind, den Parlamentarismus verpuffen zu machen. Eine reaktionäre Mehrheit, die fünf Jahre ungestört wirtschaften kann, ist ein Fluch für die Nation.

Deshalb hat das arbeitende Volk energisch eingutreten für die von der Sozialdemokratie geforderten zweijährigen Legislaturperioden.

Endlich kommt noch, um das Reichstagswahlrecht vollkommen zu machen, die Notwendigkeit der Entschädigung für die gewählten Vertreter hinzu. Die Diätenlosigkeit durchlöcher das allgemeine Wahlrecht; sie hat lediglich den Zweck, die Wählbarkeit zu einem Privileg der Reichen zu machen und die Wahl von Vertretern der Arbeiterklasse zu verhindern. Das ist, Dank dem Opfermut der Sozialdemokratie, allerdings nicht gelungen. Gleichwohl hält die Sozialdemokratie um der Gerechtigkeit willen fest an der Forderung der Diätengewährung.

Diese Bestrebungen für freiheitliche und gerechte Reform des Reichstagswahlrechtes sehen wir den Bestrebungen gegenüber, die auf die weitere Verflechtung oder die gänzliche Beseitigung dieses Rechtes abzielen. (Hamburger Echo.)

Soziale Bewegung.

Inland.

Die Breslauer Maurer haben beschlossen, einen Stundenlohn von 45 Pfg. bei zehnstündiger Arbeitszeit zu verlangen und die Forderung eventuell durch einen Streik zur Geltung zu bringen. —

Zwischen der Lohnkommission der Lübecker Maurer und der dortigen Innung „Bauhütte“ haben Verhandlungen stattgefunden bezüglich eines Lohntarifs. Die Meister verpflichteten sich, vom 1. April 1899 an einen Stundenlohn von 50 Pfg. zu zahlen. Die Bauarbeiter streifen noch fort.

Ueber den **Ausstand am Riesberge** äußert sich die Dortmunder Handelskammer in ihrem Jahresbericht wie folgt: Die gesamte Industrie hat bei allen sich bietenden Gelegenheiten der Direktion des Georg-Marienvereins ihre volle Sympathie ausgesprochen, ihr für ihre durchaus feile und korrekte Haltung gedankt und wird dies auch ihm für die letzte und härteste Konsequenz, mit welcher der Verein einen Schnitt ins eigene Fleisch thut, indem er erklärte, lieber auf die zeitige Verrentung seines Eigentums verzichten, als gestatten zu wollen, daß fremde Leute auf seinem Werke schalten und über seine Arbeiter verfügen. Nachgiebigkeit seitens der Werksverwaltung in diesem Auslande war unmöglich. Er war vorbedacht und geradezu gewaltsam von politischem Fanatismus in eine ruhige und zuverlässige Verlesenschaft unter Vorspiegelungen von Gewissensbedrängnis hineingetragen worden. Nachgeben wäre gleichbedeutend gewesen mit Verzicht auf Ordnung und Disziplin und hätte Elemente zu Macht und Ansehen gebracht, die mit einem ordnungsmäßigen Geschäftsbetrieb ebenso unverträglich sind, wie mit einem geordneten Staatswesen. Etwa 1000 meist am Riesberge anfassige Arbeiter haben Monate lang nichts verdient und sind jetzt dauernd entlassen. Ihre Empfindungen gegenüber den Helfern und Schürern dieses Ausstandes haben gewiß Anspruch auf unsere Teilnahme; aber es giebt eine Grenze dessen, was sich jemand gefallen lassen darf. — Die „fremden Leute“, welche auf den Werken der Gesellschaft „schalten“ wollten, waren bekanntlich nicht etwa die bösen Sozialdemokraten, sondern der „Gewerbverein christlicher Bergleute“.

Uns Zwickau wird uns geschrieben: Dem Streikomitee der **Zimmerer** wurde in den letzten Tagen von Polizeiseite mitgeteilt, daß der Streik für beendet — anzusehen sei, da nur noch einige Personen nicht arbeiteten und die Nachfrage nach Zimmerern am hiesigen Orte gedeckt wäre, infolgedessen löse die Polizeibehörde das Streikomitee auf. Dagegen wird Beschwerde erhoben werden, doch beschloß eine Zimmerer-Verammlung Vertagung des Streiks wegen der gegenwärtigen Aussichtlosigkeit desselben. Während der neunwöchentlichen Dauer desselben sind die Löhne wenigstens um einige Pfennige pro Stunde aufgebessert worden; der Minimallohn beträgt jetzt 34 Pfennig. —

Die **Arbeiter der Fahrrad-Werke** von Waldbösch-Mannheim sind in den Ausstand getreten, weil fortgesetzt Lohnreduzierungen vorgenommen wurden. —

Staatsbetriebe — „Musterbetrieb“. In den staatlichen Artillerie-Werkstätten zu München werden gegenwärtig Kürzungen an den Accordlöhnen vorgenommen. Für die Bearbeitung eines Speichens (Arbeitslohn sieben Reichspfennige) wird künftighin nur noch 6 $\frac{1}{2}$ Pfg. bezahlt. Für das Ausputzen eines Rades sollen gleich 12 Pfg. in Abzug kommen, da sich aber mehrere Arbeiter zu Rapport meldeten und Beschwerde führten, begnügt man sich mit dem Abzug von 6 $\frac{1}{2}$, bis 8 Pfg. pro Stück. —

Niederberg des Handwerks. Ueber die Lage des Klein-Schuhmacher-Handwerks im Leipziger Bezirk enthält der letzte Jahresbericht der Leipziger Gewerbetammer folgende Angabe: Das hiesige Schuhmacher-Handwerk befindet sich mit einigen Ausnahmen in besonders gedrückter Lage. Die Massenproduktion der Schuhwarenfabriken, Inventur- und Kontursausverkäufe, Warenhäuser u. erschweren den Schuhmachern, welche nach Maß arbeiten, nicht nur ihre Thätigkeit, sondern bringen auch die Preise derartig herab, daß unter diesen Verhältnissen eine nicht geringe Anzahl Kleinmeister weniger verdient als der Arbeiter. Der geringe Verdienst der Schuhmacher ist wohl auch die Ursache, daß der Nachwuchs im Schuhmacher-Handwerk immer geringer wird, und daß gelernte Schuhmacher sich mehr den Fabriken zuwenden, in welchen sie, unbekümmert darum, daß sie in denselben nur als Fabrikarbeiter gelten, naturgemäß mehr verdienen können. —

Die **Löbtauer Bäcker- und Metzgermeister** wollen Knaben vom 12. Lebensjahre an nur dann zum Austragen von Bäck-

were verwendet, wenn vorher die Genehmigung der Schul-
direktion eingeholt ist. Wenn Bedenken aus Gesundheits-
rückgründen vorliegen, so hat eine ärztliche Untersuchung zu
entscheiden. Das Austragen im Winter soll nicht vor halb
8 Uhr und im Sommer nicht vor 5 Uhr früh erfolgen.
Auch muß den Frühlings- austragenden Knaben vorher von
ihrem Auftraggeber Kaffee oder Milch nebst Brötchen ver-
abreicht werden. — Glende Verleumdung, zu sagen, die
Bädermeister seien nicht human. —

Ausland.

**Das Einigungsverfahren bei Streiks in Frank-
reich von 1898 bis 1897.** Das französische Einigungs-
gesetz ist mit Ende 1897 seit fünf Jahren in Kraft. Das
Arbeitsamt veröffentlicht aus diesem Anlaß eine zusammen-
fassende Statistik über die Anwendung jenes Gesetzes in den
Jahren 1898 bis und mit 1897. Das Verhältnis der
Einigungsversuche zu den Streiks in den einzelnen Jahren
betrug in Prozent: 17,09, 25,88, 20,74, 21,86, 24,71;
und im Durchschnitt für das ganze Jahr fünf 21,58 Prozent
— 487 Einigungsversuche auf 2262 Streiks. Die Einigungs-
versuche gingen aus in 19 Fällen von den Unternehmern,
in 256 Fällen von den Arbeitern, in 12 Fällen von Unter-
nehmern und Arbeitern zugleich, in 200 Fällen vom Friedens-
richter. Von diesen 487 Einigungsversuchen wurden 171
abgelehnt, und zwar 148 von den Unternehmern, 15 von
den Arbeitern und 8 von beiden Seiten zugleich. Diese
Zahlen zeigen deutlich die Friedensliebe der Arbeiter und
die Probenhaftigkeit der Unternehmer. Außer den 171 ge-
scheiterten Einigungsversuchen sind 41 gegenseitiglos ge-
worden infolge der inzwischen eingetretenen Wiederaufnahme
der Arbeit. Bleiben somit 278 Versuche, welche zur Ein-
setzung von 280 Einigungsausschüssen führten, indem in
einigen Fällen mehrere Ausschüsse im Laufe eines und des-
selben Streiks funktionierten. Aber von diesen weiter ge-
gebenen Versuchen sind wiederum 122 erfolglos geblieben.
Insgesamt hat die Anwendung des Einigungsgesetzes, unter
Berücksichtigung von 29 vor der Arbeitseinstellung gemachten
Einigungsversuchen, 218 Konflikte beigelegt, während sie in
268 Fällen mißlang, sei es vor, sei es nach Einsetzung von
Einigungsausschüssen. Die Zahl der durch Schiedsgerichte
beigelegten Konflikte ist verschwindend klein, 16 im Laufe
des ganzen Jahres. Die Ergebnisse der 218 zu stande
gekommenen Einigungsversuche sind vom Standpunkte der
Arbeiter: 41 Erfolge, 118 Ausgleiche und 59 Mißerfolge,
oder in Prozent: 18,81, 54,13, 27,06. Dagegen sind die
Ergebnisse der 268 Streiks, die nach dem Mißlingen der
Einigungsversuche fortgesetzt bzw. erklärt wurden: 33 Er-
folge, 112 Ausgleiche und 123 Mißerfolge, oder in Pro-
zent: 12,30, 41,80, 45,90. Man sieht daraus, daß die
Unternehmerklasse, an deren Widerstand ja fast sämtliche
mißlungene Einigungsversuche scheiterten, mit richtigem Instinkt
die Einigung nur in den für sie ungünstiger
liegenden Konflikten akzeptiert. —

Aus der Parteibewegung.

Im Monat Juni gingen beim Parteivorstand folgende Partei-
beiträge ein: Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 4. Kreis Siedow 2200,—
(darunter Franz-Ueberich der Firma Rosenheim 3,—, Viberter, Lon-
blüte Acacia 13,50, Gonnell, z. Wahlfonds 3,—, Ueberich vom Bier-
konsum der Wollmeyer Fabrik 100,—, Namenlos 5,—, Uelke 10,—,
gef. am Bierisch Dramenstr. 204 1,60, Acacia 10,—, Tischlerei U.
S. 3,10, Engels 21,—). 6. Kreis Rosenhauer Vorst. u. Gesund-
brunnen 1500,— (darunter der rote Rottenbäder P. 2,—, für Knap-
hausen 3,—). 6. Kreis Wedding und Oranienburger Vorstadt 1500,—
(darunter R. 2,—, Bau Heiligschestr., Chem. Institut, v. Danab.
7,55, Strickadel-Frauen 61,80, Polarlicht 150,—, Wollmeyer'scher
Reinigungs- durch Bergm. 2,55, Dorndröcken 10,—, R. 3,—).
6. Kreis Moabit 100,—. 6. Kreis, Schönhauser Vorstadt, 1000,—.
Berlin, diverse Beiträge: 1769,65. Vornberg 10,—, Bern, zur
Parteilasse 50,—, Wiefelb, ein Ruf geht durch Westfalenland 100,—,
Dreim, v. Genossen 300,—, Barth, von den Tabakarbeitern 6,—,
Bamberger, Jädelin Hochbad 5,—, Grimmschau 500,— (darunter
Matr. Chr. E. 1,50, D. R. 1,—, Goldbrock d. W. 1,—, am 1. Feiertag
Doppelkopf 6. R. 1,50, Bayern d. G. St. 4,40, D. Fr. 0,58,
D. G. 0,60, C. D. 1,—, Maismilch 1,65, O. Feh, Ueberich, Bier-
abend 1,30, P. 3,—, „rote Wigogne“ d. J. 3,—, H. Dießich
Ueberich 1. Mai 3,—, Freigeier grüner Junge 1,—, Sebastian
G. d. S. 0,50. Juni: D. S. 1,—, Joh. St. 1,—, W. B. d.
Ed. J. 0,50, Sch. d. S. 0,40, Ed. V. 0,65, Am Wahltag „Bayrischer
Hof“ 1,50, W. — z. d. S. 1,—, R. R. i. L. 5,—, Gr. S.
Nachf. 5,—, U. R. d. S. 2,—, S. 2,—, S. J. 1,50, Bierabend 2,—,
Doppelkopf Bierabend 1,45). Döbeln, Romanus 20,—, Dortmund
Fr. für die St. Wahl 10,—, Elberfeld, Beitrag zu den St. Wahl 100,—,
Frankfurt a. M., U. R. für die St. Wahl 300,—, Furt-
manger, v. d. Genossen 20,—, Freiburg, v. bairischen Genossen 10,—,
Falkenberg (Berthel), 2,—, Goryga, S. Parteibeitrag 20,—, Greiz,
Wahlk. Reuß a. L. 50,—, Grabowsee, Patienten der Volks-Heilstätte
(darunter vom Buchbinder M. B. 1,65) —, Gablenz, Ueberich
2,20, Gießen, E. R. 10,—, Halbe, F. C. zum Wahlfonds, 2. Rate
4,50, Hamburg, Getränke- Ueberich, v. Neubau Hof, D'smalquai,
2. Rate 84,—, Hemeligen, f. d. St. Wahl 50,—, Hamburg,
Cigarettenfabrik v. Otto, St. Pauli 18,60, Hamburg, Geburtsstag im
Eigenwalde 1,50, Hannover 2000,—, Halberstadt, durch U. R. 50,—,
Jans'che Dr. S. 300,—, Jüdel, Ueberich, v. d. Matzeier 300,—,
Leipzig, P. 20,—, Lambrecht, S. 25,—, Leipzig, roter Holzbaum
M. 5,—, Lugenburg, S. 200,—, Leipzig, durch U. R. 15,—,
München, Wahlkäufer 5,—, Magdeburg 1000,—, Marburg,
ein Einleger 10,—, Niederbarnum, 2,—, Darlehen zur 2000,—,
Nürnberg, durch U. R. 50,—, Rißdorf, Predigtamts- Kandidat 5,—,
Reinhardt, schwarz- Kaffeegesellschaft 1,—, Ronsdorf, d. d. Vertreter
20,—, Schönlanke 10,—, Saarabien, aus dem Königreich Shinn
10,—, Schönebeck b. W. Beschau, rote Kindtaufe 1,—, Tilsit, lithuanischer
Genosse 5,—, Wien, v. Genossen durch U. 500,—, Württemberg
100,—, Z. J. 2000,—, Zürich, v. einer studierenden Genossin z.
Wahlfonds 2,—, Zulenroda, S. W. 20,—.

Vollzeitliches, Gerichtliches usw.

Vor der Strafkammer in Hanau hatte sich am Montag
Genosse Stadthagen wegen **Verleumdung** des Amtsgerichts-
rates Dr. Spindler zu Langenselbold zu verantworten. Herr
Dr. Spindler hatte im Jahre 1894 dem Fabrikarbeiter
Konr. Wagner zu Koblzhausen auf Grund des alten kur-
heftischen Vormundschaftsrechtes aufgegeben, seinen 15-jährigen
Sohn aus dem dortigen Turnverein abzumelden, weil dieser
sich verschiedentlich, u. a. auch durch das Hissen einer roten
Fahne bemerkbar gemacht habe, daß er sozialdemo-
kratischen Tendenzen huldige und der Junge
„folgebesseren fütlich gefährdet“ sei. Als der Vater
nicht nachkam, entzog ihm der Richter auf Grund dieser
Verordnung das Erziehungrecht über seinen Sohn. Am

27. Oktober 1894 kritisierte Stadthagen dieses Vorgehen
des Amtsrates in einer Volksversammlung zu Langen-
selbold und brauchte dabei u. a. auch mit Beziehung auf
Spindler die Wendung: „Der Herr hat vor der roten Fahne
des Koblzhäuser Turnvereins gestutzt, wie der Ochse vor
einem roten Tuche.“ Auf Grund dieser Äußerung ver-
urteilte ihn sein Gericht die Strafkammer zu 200 Mark Geld-
strafe und Tragung der Kosten. Der Staatsanwalt hatte
1 Monat Gefängnis beantragt. Weil in dem Urteil der
§ 193 des Strafgesetzbuches zur Anwendung gebracht worden
war, legte der Staatsanwalt dagegen Revision ein und das
Reichsgericht verwies den Fall an die Strafkammer zurück.
Der Angeklagte bestritt ganz entschieden, die unter Anklage
stehenden Worte gebraucht zu haben. Der Staatsanwalt
hielt aber die Thatsächlichkeit der Verleumdung durch das
Zeugnis zweier in der Sache vernommener Gendarmen, welche
jene Versammlung überwacht hatten, für voll erwiesen und
beantragte einen Monat Gefängnis. Das Gericht erkannte
demgemäß. —

Statistisches.

Landwirtschaftliche Betriebs- und Besitzverhältnisse.

Vom Statistischen Amt ist eine landwirtschaftliche Betriebs-
statistik veröffentlicht worden, die über die Verteilung der land-
wirtschaftlich benutzten Fläche nach der Größe der Betriebe
Auskunft gibt, ferner darüber, wie viel Land von Eigen-
kultivern, wie viel von Pächtern bebaut, wie viel landwirtschaft-
lich, wie viel forstwirtschaftlich benutzt wird, welche Ausdehnung
die Benutzung der Maschinen genommen hat.

Nach dem Besitzverhältnisse, schreibt die Frankfurter
Zeitung, waren von 100 Betrieben 40,7 ausschließlich
eigenes Land, 46,9 ganz oder teilweise Pachtland und
von 100 Hektar der Gesamtfläche entfielen 86,1 auf eigenes,
12,4 auf gepachtetes Land; der Rest entfällt auf andere
Besitzverhältnisse. Gegen 1882 haben die Pachtbetriebe
zugenommen. Die Eigenbewirtschaftung hat ihre größte
Bedeutung in Bayern, im Lande der mittleren Bauerngüter,
denn dort sind von 100 Betrieben 66,6 und von 100 Hektar
Fläche 95,8 ausschließlich in eigenem Besitz gegen 40,7 bzw.
86,1 im Durchschnitt des Reiches.

Von der Gesamtfläche der landwirtschaftlichen Betriebe
mit 43,3 Millionen Hektar wurden drei Viertel landwirt-
schaftlich 17% vom Hundert forstwirtschaftlich
benutzt; 2 Prozent waren Biergärten, Hofräume, Gewässer,
und wenig über 5 Prozent Oeb- und Unland.

Von den Betrieben arbeiten 16 Proz. mit Maschinen,
bei den Großbetrieben erklärlicher Weise weit mehr, 94 vom
Hundert. Und zwar wurden folgende Maschinen benutzt:

Art der Maschinen	1895	1882
Gewöhnliche Dreschmaschinen	596 889	268 367
Dampfdreschmaschinen	259 864	75 690
Drillmaschinen	140 702	vgl. Säemach.
Mähmaschinen	35 084	10 634
Säemmaschinen	28 673	(63 842)
Düngerstreumaschinen	18 649	—
Dampfpflüge	1 698	836

In die Industrie gehen über:

350 Betriebe mit Zuckerrüben,	
5922 „ „ Branntweinbrennereien,	
430 „ „ Stärkefabriken,	
47 098 „ „ Getreidemüllern,	
9 255 „ „ Bierbrauereien,	
113 244 „ „ Rübennbau zur Zuckerrübenfabrikation,	
14 023 „ „ Kartoffelbau zur Brennerrei und Stärkefabrikation.	

Von je 100 Betrieben in den nachstehend angeführten
Ländern entfielen auf die bezeichneten Größenklassen:

Größe der Betriebe in Hektar.	u. mehr					
	unter 2	2—5	5—20	20—100	100	u. mehr
Deutsches Reich 1895	58,23	18,28	17,97	5,07	0,45	
Frankreich 1892	74,28	21,35	6,79	0,58		
Belgien 1880	78,05	12,07	8,17	1,71		
Niederlande 1895	46,70	33,17	14,97	0,11		
Großbritannien 1895	63,40	21,42	15,18			
Schweden 1896	22,20	66,80	10,01	0,99		

Von je 100 Betrieben in den einzelnen Ländern waren
Eigen- bzw. Pachtbetriebe:

	Eigenbetrieb	Pachtbetrieb
Deutsches Reich	40,68	16,43
Frankreich	74,59	19,13
Belgien	23,85	48,93
Niederlande	57,41	42,59
Großbritannien	11,73	84,48
Schweden	55,60	9,91

Rechnet man nicht nach den Betrieben, sondern nach dem
Anteil der Fläche, so überwiegt der Anteil der Eigenbetriebe
in Deutschland den der übrigen Länder bedeutend. —

Die Frauenpost.

Ueber die Verbreitung des Frauenwahlrechts
bringt die Kölnische Volkszeitung anlässlich einer Besprechung
des vollständig mißlungenen Versuchs der bürgerlichen Frauen-
rechtlerinnen, in die Reichstagswahlen mitbestimmend einzu-
greifen, eine Zusammenstellung, aus der sich ergibt, daß die
Frauen gegenwärtig nur in folgenden Ländern politisches
Wahlrecht haben: 1. in den fünf westlichen Staa-
ten der nordamerikanischen Union, Wyoming,
Utah, Kansas, Colorado und Idaho, und zwar aktives und
passives für die Staatsvertretung, die Repräsentantenhaus-
senats- und Präsidentschaftswahlen; 2. allgemeines aktives
Wahlrecht in Neuseeland und Südastralien
(seit 1893 und 1896); 3. in Oesterreich besteht in der
Kurie des Großgrundbesitzes ein aktives Wahlrecht (durch
Bevollmächtigte) der Großgrundbesitzerinnen; 4. besitzen in
Schweden die Frauen das Wahlrecht für die Erste
Kammer. In Norwegen hat sich unlängst ein Drittel
des Störthings für das Wahlrecht der Frauen erklärt. In
England wird seit 1867 im Parlament um das politische
Wahlrecht der Frauen gekämpft. In der Schweiz schließt
zwar der Vorläufer des Gesetzes die Frauen nicht vom all-
gemeinen Wahlrechte aus, wohl aber das Herkommen. Sie
besitzen nicht das sogenannte Aktivbürgerrecht. Ausgedehnter
ist das Kommunalwahlrecht der Frauen in den

Vereinigten Staaten, in Australien, woselbst die Steuer-
zahlerinnen in allen sieben Kolonien aktives und passives
Wahlrecht haben, in England (seit 1869 aktives Wahlrecht
für die städtische Gemeindeverwaltung, Irland ausgenommen),
in Finnland, in Oesterreich, wo alle steuerzahlenden Frauen
das aktive Wahlrecht (durch Bevollmächtigte) für die Ge-
meindevertretung und die Provinziallandtage besitzen, mit
Ausnahme von dreißig Städten, darunter Wien, wo das
Recht auf die Männer beschränkt ist. In Ungarn besitzen
die Steuerzahlerinnen ebenfalls aktives Wahlrecht für die
Gemeindevertretungen, ebenso in Schweden und einigen Kan-
tonten der Schweiz. In Preußen besitzen Grundeigen-
tümerinnen, die in Landgemeinden Kommunalabgaben zahlen,
selbst wenn sie verheiratet sind, das aktive Wahlrecht. Sie
stimmen durch Bevollmächtigte. In Sachsen gilt das gleiche,
doch nur für unverheiratete Frauen. Die Großgrund-
besitzerinnen in Preußen besitzen seit Einführung der Kreis-
ordnung das aktive Wahlrecht durch Bevollmächtigte für die
Kreisstage. Falls sie ein Kirchenpatronat ausüben, ernennen
sie den Pfarrer des betreffenden Bezirkes. —

Keine Telephondamen mehr.

Das wird die Folge einer Erfindung sein, die in Amerika jüngst auf dem
Gebiete des Fernsprechwesens gemacht worden ist. Der neue
Fernsprechapparat sieht ungefähr ebenso wie der gegenwärtige
aus, hat aber vorn eine Scheibe, in deren rechtem Halbkreis
sich zehn Knöpfe, die Ziffern 0 bis 9 darstellend, befinden.
Wer nun mit einem Abonnenten sprechen will, der beispiels-
weise die Nummer 82 hat, drückt erst auf die 8, dann auf
die 2. Ist der betreffende Abonnent besetzt, hört man beim
Drücken keinen Laut, anderenfalls ist ein schwaches Läuten
hörbar. In diesem Falle läutet es auch im Apparat des
Abonnenten, und damit ist die Verbindung hergestellt. Die
Apparate der Centrale sind derart eingerichtet, daß die Ein-
stellung der betreffenden Nummer automatisch in demselben
Augenblick erfolgt, wo jemand auf die Knöpfe seines Apparates
drückt. Die automatische Apparate der Centrale sollen mit
großer Sicherheit arbeiten, und es ist klar, daß diese Er-
findung viele Vorzüge hat. Der Anrufer braucht keine
Nummer anzugeben und nicht auf Antwort der Telephon-
damen zu warten. Irrtümer durch Angabe falscher Nummern
sind ausgeschlossen. Ebenso kommt keine Abbrechung des
Gesprächs vor. Endlich soll das automatische Fernsprechsystem
trotz der kostspieligen ersten Einrichtung für die Dauer
Vorteile bieten, da ja die Bedienung auf der Centralstelle
überflüssig wird. In einer Menge kleiner amerikanischer
Städte ist die Erfindung bereits in Gebrauch und soll sich
bewährt haben. Vorläufig scheint die Erfindung trotzdem
auch noch gewisse Nachteile zu haben. Soweit sich nämlich
bisher erkennen läßt, darf eine Centrale nicht mehr als tausend
Abonnenten haben, wenn die automatische Bedienung zuverlässig
arbeiten soll. Ist dies der Fall, dann bleibt die Frage, ob
zwischen den verschiedenen Centralstellen eine Verbindung
geschaffen werden kann, sonst wäre die Erfindung nur für
kleine Städte zu verwenden. Die Gesellschaft, von der die
Erfindung ausging, hofft aber, daß eine weitere
Ausdehnung des Systems nur eine Frage der Zeit sei. In
Europa wird Kopenhagen zuerst Versuche mit dem neuen
Apparat machen. —

Gerichtliche Urteile.

Landgericht Magdeburg.

Der Ruffker Wilhelm Kersten hier, geboren 1880,
verurteilt einem Maltereibesitzer in der Zeit vom Sep-
tember 1897 bis zum 2. Juni d. J. zusammen 456 Mark,
die er nicht ablieferte und für sich verbrauchte. Den An-
geklagten trafen 6 Monate Gefängnis. —

Der Gymnasialschüler Richard Altwasser aus Siebichen-
stein, geboren 1884, besuchte am Sonntag, den 13. März d. J.
nachmittags die Galerie des hiesigen Domes und belustigte
sich mit zwei anderen Schülern damit, Steine herunter-
zuwerfen, die auf den Rasen der Anlagen flogen. Ein
Kieselstein in der Größe eines Hühnerettes traf den elf
Jahre alten Knaben Otto Ackermann — Sohn eines
Schuhmanns — berart auf den Kopf, daß er einen Schädel-
bruch erlitt. Es mußte aus dem Schädel vom Arzte ein
4 cm langes Knochenstück herausgemeißelt werden und der
Verletzte etwa vier Wochen lang auf dem Krankenhaufe zu-
bringen. Der Angeklagte wurde als Thäter bezeichnet und
wegen **fahrlässiger Körperverletzung** angeklagt. Die
Verhandlung stellte aber keine Schuld nicht fest, weshalb
Freisprechung erfolgte. Dagegen wurde er wegen Ueber-
tretung des § 366 8 des Str.-G.-B. mit 15 Mark Geld-
strafe belegt. Gleiche Strafe haben die beiden Mitschüler
bereits früher durch Strafbefehl zubüßiert erhalten. —

Der vielfach bestrafte Schuhmacher Heinrich Hempel,
geboren 1869, ohne festen Wohnsitz, wurde am 18. Mai d. J.
aus dem Zuchthaus entlassen und kam am 4. Juni nach
Westerhagen, wo er im Gasthose dem Hausbesitzer mehrere
Kleidungsstücke **stahl**. Hinterher erbrach er das Schlaf-
zimmer des Gastwirts, um weitere Diebstähle auszuführen,
und verkroch sich unter ein Bett, wurde aber bemerkt und
herangezogen. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten
zu 3 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Zulässig-
keit von Polizeiaufsicht. —

Der Kaufmann Johannes Lange hier, geboren 1872,
schwankte Ende November 1897 einem Lithographen vor,
er habe gute Verbindungen und bereits mehrere Aufträge.
Dadurch bewog er den Lithographen, ihn als Reisenden
gegen monatlich 70 Mark Gehalt und Provision angustellen.
Lange erhielt zu verschiedenen Malen Reisekostenvorschüsse in
Höhe von zusammen 476 Mark, überbrachte aber stets
fingierte Aufträge, bis schließlich der **Betrug** aufgedeckt
wurde. Am 25. März d. J. erschwindelte Lange sich lei-
hweise von einem Kaufmann ein Fahrrad und verfuhr es
sodort für 50 Mark. In Gemeinschaft mit drei bisher nicht
ermittelten Kellner Abraham ging er am 30. März abends
zu einer Frau, deren Mann sein Fahrrad verkaufen wollte.
Lange stellte seinen Genossen als Postbeamten vor, der das
Rad zu kaufen wünsche. Sie beschäftigten es und wollten es
probieren. Trotz die Frau dies **verbot**, bis ihr Mann

Tomme, setzte Abraham sich auf das Rad und fuhr ab. Denselben Abend verlegten sie es für 50 Mark. Der Gerichtshof erkannte in Anbetracht der Vorstrafen auf 2 Jahre Zuchthaus, 300 Mark Geldstrafe event. noch 20 Tage Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust.

Verstümmeltes.

Herr Dr. Sigl als Dienstherr. Ueber eine Verhandlung vor dem Münchener Schöffengericht berichtet die Münchener Freie Presse folgendes: Angeklagt war der Herausgeber des Bayerischen Vaterland, Herr Dr. jur. F. W. Sigl, wegen **Beleidigung und Körperverletzung**. Klägerin war das Dienstmädchen (Köchin) Margarete Nuhland. Der Hergang ist folgender: Die Nuhland, die bei Dr. Sigl in Dienst stand, ist am 28. Mai 1897, abends, wo sie wie gewöhnlich die Hunde ihres Herrn spazieren führte, erst nachts nach 11 Uhr heimgekehrt, da sie Bekannte getroffen hatte. Dr. Sigl und seine Haushälterin, Fräulein Julie Weissenbeck, waren bereits zu Hause, und da die Thür geschlossen war, so mußte die Nuhland klingeln. Dr. Sigl öffnete und empfing die Heimkehrende mit den gemeinsten Schimpfworten, wie schlechtes Mensch, Schlampe, Fegge u. dgl., schlug sie auf den Hinterkopf und packte sie an der Gurgel. Die Nuhland erlitt dadurch Verletzungen, die eine 14tägige ärztliche Behandlung notwendig machten. Sie hat sich aber nicht ungestraft mißhandeln lassen, sondern ist dem Herrn Dr. Sigl mit den Nägeln ins Gesicht gefahren, hat ihn elend zerkratzt, in den Waden der linken Hand gebissen und fiervies einen unverschämten Kerl geheißen. Dr. Sigl stellt deshalb Widerklage wegen Beleidigung und Körperverletzung. Er verteidigte sich damit, daß er behauptete, daß ihm nach bayerischem Landrecht zustehende gesetzliche Züchtigungsrecht nicht überschritten und außerdem in Nothwehr gehandelt zu haben. Er schildert die Nuhland als eine ungetreue Person, die ihm unter anderem zwei Flaschen Champagner gestohlen sei, ei, im Vaterland konnte man doch unlängst lesen, Dr. Sigl trinke gar keinen Champagner und es überhaupt von vornherein darauf abgesehen habe, von ihm Geld zu erpressen. Die Nuhland bestreitet diesen Diebstahl ganz entschieden und erzählt, daß die Haushälterin des Dr. Sigl, Fräulein Weissenbeck, in dessen Abwesenheit einen Herrn, mit dem sie öfter verkehrte, nachts halb 2 Uhr eingeführt und den Champagner mit ihm getrunken habe. Dr. Sigl habe deshalb eine Antimosität gegen sie, weil sie ihn mit seinen Liebeswerbungen abgewiesen habe. Dr. Sigl sei nämlich, während das „quädige Fräulein“ verreist war, nachts in ihr Zimmer eingedrungen und habe sie unter den größten Versprechungen zu verführen gesucht. Als Zeugin wurde das „quädige Fräulein“, die Julie Weissenbeck, vernommen. Ihre Aussagen waren belanglos, da sie erst dazugekommen sein will, als der „Kampf“ bereits beendet war. Was die Verletzungen anbelangt, welche die Nuhland erlitten, so bestanden sie nach der Aussage des als Sachverständiger vernommenen Arztes in einer hochgradigen Schwellung des blutunterlaufenen linken Auges, einer Wunde im Nacken, sowie Kratzwunden. Von den Faustschlägen herrührende, intensive Kopfschmerzen und Nasenbluten machten das Mädchen längere Zeit arbeitsunfähig. Das Gericht erkannte für Dr. Sigl auf Freisprechung, weil er das ihm nach bayerischem Landrecht zustehende Züchtigungsrecht nicht überschritten habe! Die Nuhland wurde wegen Beleidigung zu 10 Mark Geldstrafe, event. 2 Tage Gefängnis und wegen Körperverletzung zu 5 Mark Strafe event. 1 Tag Gefängnis verurteilt. Gegen dieses Urteil will die Nuhland Berufung einlegen. Wir fürchten, die Berufung des Mädchens wird abgewiesen werden, denn was das Münchener Schöffengericht erkannt hat, ist Beschluß nach der bayerischen Gesetzbuchordnung, die, wie man sieht, an Abscheulichkeit der preussischen um nichts nachsteht.

Kleine Chronik.

In der Nähe von Zinnowitz schlug während eines heftigen Wirbelwindes ein Boot um. Vier Fischer fanden ihren Tod in den Wellen. — Bei der Dresdener Ausstellung der Landwirtschaftsgesellschaft mußten auf Verlangen des Magistrats die Schweinebuchen mit Torfstreu ausgelegt werden, damit sie geruchlos wären. Man hat die Streu, meldet ein hiesiges Blatt, sehr bald wieder entfernen müssen, da die Schweine in ihrem Unverstand die Sache falsch auffaßten, die Streu für Futter hielten und an dem Gemüth derselben erkrankten und, soweit sie noch zu jung waren und zu große Mengen verschlungen hatten, krepirten. — Bei Kletenwald wurden, wie aus Saarbrücken gemeldet wird, ein Mann und zwei Knaben, die Vohlgelder trugen, von Ströchen überfallen. Einer der Knaben wurde schwer verletzt. Seine Geldtasche mit 8000 Mark Inhalt wurde geraubt. — P. H. n. e. r., die in großer Zahl Libellen fressen, werden von einer eigentümlichen, oft tödtlichen Krankheit befallen. Die Geflügel-Wärse giebt als Ursache dieser Krankheit (Fadenwürmer) an, die mit den Libellen in den Magen des Geflügels gelangen, hier eine rasche Metamorphose durchmachen und zu erheblichen Gesundheitsstörungen Veranlassung geben können. Auch bei Enten und Gänsen kommt diese Krankheit oft vor. — Der jährliche gesamte Weintrag der ganzen Welt beträgt 130 Millionen Hektoliter, während 180 Millionen Hektoliter Bier gebraut werden. Von dem Bier werden in Deutschland 48 und in England 47 Mill. Hektoliter getrunken. Hieraus folgen die Vereinigten Staaten von Amerika mit 37, Oesterreich-Ungarn mit 14 und Frankreich und Belgien mit ungefähr je 10 Millionen Hektoliter. — Ein Arbeiter in Karf (Schlesien) wetteite, er könne zu einem Zuge einen Liter Spiritus austrinken. Kaum hatte er den letzten Tröpfchen getrunken, so überfiel ihn ein Unwohlsein und er starb in kurzer Zeit. — Beim Bajonnettstechen wurde ein Soldat in Benthien (Ober-Schlesien) von seinem Gegner am Unterleib lebensgefährlich verletzt. — In Speier brach unter den Schulkindern eine ansteckende Augenkrankheit aus. Schmutzige Schalen wurden geschlossen. — Eine große Dampfmaschine ist in Czotkow (Ostgalizien) niedergebrannt. Der Schaden beträgt gegen 300 000 Gulden. — In dem Gehirn des kürzlich hingerichteten Mörders Carrara haben die Verze, wie aus Paris gemeldet wird, Verletzungen gefunden, die auf Geisteskrankheit schließen lassen. — Vor 14 Tagen schickte der Redakteur des Postlager Angeblattes nach Stalien an einen Freund, der Italiener und Staatsbeamter ist, eine Aufzählung, auf welcher die „Jungfrau“ dargestellt war, wie man sie von Interlaken aus sieht, besichtigen von den letzten Strahlen der untergehenden Sonne. Dieser Tage erhielt nun der Redakteur von einem Bekannten seines italienischen Freundes die Nachricht, daß der Vorgesehene seines Freundes die Aufzählung bemerkt habe, worauf er sofort den Adressaten rufen ließ und ihn einem hochnotpeinlichen Berhör unterwarf. Ganz besonders habe er sich nach der roten Kerbe auf dem Gipfel des „republikanischen

Berges“ erkundigt; ob sie nicht eine symbolische Bedeutung habe und nicht etwa eine Anspielung auf irgend eine geheimnißvolle und blutige Verführung sei. — In der Seeflacht bei Santiago geriet die „Texas“ mit dem spanischen „Almirante Duquendo“ in Kampf. Der amerikanische Kapitän Philip war wie durch ein Wunder dem Tode entgangen; eben hatte er die Kommandobrücke verlassen, als diese von einer Granate des „Duquendo“ getroffen wurde. Da schossen plötzlich gewaltige Flammen aus dem Innern des „Duquendo“ auf und eine furchtbare Explosion erschütterte den mächtigen Panzer. „Hurra, Hurra!“ erscholl es von dem Schiffe der Kampf- und siegestrunkenen Amerikaner, doch diesen Ruf überhörend erklang die ruhige Stimme des amerikanischen Kapitäns: „Nicht Hurra rufen! Die armen Teufel sterben!“

Wasserstände.

	Ob.			
Außig	11. Juli	-0.09	12. Juli	-0.04
Dresden		-1.24		-1.17
Leipzig		+0.70		+0.76
Wittenberg		+1.40		+1.40
Hoflau		+0.80		+0.82
Barby		+1.32		+1.36
Schönebeck		+1.12		+1.20
Magdeburg	12.	+1.30	13.	+1.41
Zangerhüde	11.	+1.88	12.	+1.84
Wittenberge		+1.04		+1.63
Dömitz, Regel		+0.97		+1.03
Lauenburg		+1.11		+1.15

Unterhaltungsfeil.

Der Lump.

„Was denn?“
Seine Stimme war erregt, fast kreischend. Die Hände in den Taschen geballt, die Zähne zusammengekniffen, blickte er auf.
„Sie dürfen hier nicht bleiben. Sie müssen weiter. Gehen Sie! Gehen Sie doch!“ herrschte ihn der Portier mit dem gedunsenen SergeantenGesicht an.
Und er wandte weiter, immer die Straße hinunter, müde zum Umfallen...
Seine Gedanken flogen auseinander. Dann und wann tauchten ein paar Bilder in seiner Erinnerung auf; er strich sich über die Stirn, als wollte er ihnen zeigen, sie wären ihm unbequem, und sie zogen sich schon zurück.
Ein Brunnen stand am Straßenbord. Er hielt seinen Hut darunter und schlürfte vorgebeugt das eisige Wasser. Dann setzte er wieder in Gedanken den Hut auf und fühlte kaum, wie ihm ein paar zurückgebliebene dicke Tropfen an Schläfen und Wangen hinunterliefen.
Da kam es ihm wieder zum Bewußtsein: „Für die paar tausend Mark ein ganzes Jahr Zuchthaus!“ — Und dann das Furchtbare: Die Zukunft! Aber wohin denn jetzt? Die Maitonne lag breit und faul auf den Straßen, die Telegraphendrähte über den weißen Häusern strahlten wie Gold. Die Spaken schienen mermüde. Aus einem offenen Fenster klangen die Töne eines Klaviers. Zimmer die Tante, herauf und herunter... Ein frischer Morgenwind bewegte dazu die Blätter der Platanen und aus dem einen Vorgarten duftete ein Fliederstrauch...
Einige Augenblicke schwebte er, verloren in der Schönheit des Morgens. Dann wurde er wieder erregt. Nur weiter! Weiter!
Wo war er denn eigentlich? — Er stand an der Ecke still und sah nach dem blauen Schild hinaus, aber ohne zu lesen. Seine Gedanken hatten keine Verbindung mit seinen Augen mehr!
„Ach ja! Luisenstraße!“ —
In einem Hauseingang streifte sein Blick ein Messingchild.
„Ich will's versuchen!“ —
Auf dem Treppenaufgang blieb er stehen und bürfete mit der Hand den Staub von den Hosen und dann von dem Hut. Vor der Thür des Bureaus wartete er noch einen Augenblick und rückte sich den abgegebauten Rock zurecht, dann klopfte er leise, kaum vernehmbar an.
Langsam, schichtern trat er ein. Hinter einer Barriere an einem großen Tisch saßen zwei Laufburschen und frühstückten. Der eine, ein junger Mann von etwa 18 Jahren, nobel wie ein Millionärssohn, trat mit mißtrauischen Blicken und einer abweisenden Handbewegung auf den Fremden zu:
„Wir dürfen nichts geben!“ —
Dem Armen war es, als ob ihm jemand die Kehle zudrückte. Seine Augen flehten um Schonung.
„Ich will ja nichts! Nur den Herrn Bureauchef sprechen!“
„So! — Wen darf ich melden?“ —
Der Arme stotterte: „Ich... in persönlicher Angelegenheit...“
Der Statthalter des Comptoirs, der im Nebenzimmer gerade Aufträge für seine Privatspekulationen gegeben, kam herein. Der Laufbursche trat an ihn heran:
„Da möchte Sie jemand sprechen!“ —
„Jawohl! Was wünschen Sie?“ — Er sagte das kurz und ablehnend, als wäre seine Zeit viel zu kostbar.
„Ich... ich wollte nur fragen, ob Sie nicht eine Beschäftigung für mich haben?“
„Was sind Sie denn eigentlich?“ —
Nur die Kengier sprach aus ihm.
„Ich war früher bereits im Bankgeschäft.“ Er senkte unwillkürlich den Blick.
„Wo waren Sie denn?“ —
„Bei Werner & Müller.“
„Weshwegen sind Sie denn nicht mehr dort?“
„Wegen...“ er stotterte und brachte nichts mehr heraus.
„Wie heißen Sie denn?“
„Otto König.“
„Hören Sie mal. Sie haben sich doch bei Werner & Müller Veruntreuungen zu Schulden kommen lassen! — Wie können Sie es nur wagen, sich bei uns zu melden?“
„Ich habe doch meine Strafe erhalten!“ Er begann zu weinen. „Jetzt will ich wieder von vorn anfangen! Ich bereue ja bitter!“
„Was denken Sie denn eigentlich? Leute, die schon einmal im Zuchthaus gewesen haben, können wir doch nicht

gebrauchen!“ — Damit drehte sich der Bureauchef um und ging hinaus.

„Verlassen Sie das Bureau!“ sagte endlich der Laufbursche mit Heringschäbung.

Der Arme hörte es garnicht.
„Verlassen Sie sofort das Bureau!“ schrie der junge Mensch und wies energisch nach der Thür.
Im Hintergrunde erschienen die neugierigen, lachenden Gesichter der Buchhalter.

Er nickte wehmüthig mit dem Kopf, sah seinen Hut von allen Seiten an und wandte hinaus.

Und müde schlich er weiter...
„Mein Bruder vielleicht...“ dachte er.

In einem eleganten Hause der Bülowstraße stieg er die Treppe hinauf. Es überraschte ihn, daß auf den roten Blüschläufern sein Schritt kaum hörbar war. Und die schönen Bilder an den Wänden! Als ob er sich dessen kaum mehr erinnern könnte, wie aus den Tagen der Kindheit. Als er klingelte, machte ihm eine alte Frau, die Wirtschafterin seines Bruders, auf.

„Ist der Herr Doktor vielleicht zu sprechen?“
Sie that, als kannte sie ihn nicht, fragte aber auch nicht nach seinem Namen, sondern sagte nur: „Ich will mal nachsehen!“

Dann hörte er, wie sie im Halbbunkel mit jemand sprach, und glaubte die Stimme seines Bruders zu vernehmen. Dann kam die Alte wieder zurück.

„Herr Doktor ist nicht da!“
„Das ist nicht wahr! Ich bin sein Bruder und will ihn sprechen. Unter allen Umständen! Hören Sie?“

„Wenn ich Ihnen aber sage, Herr Doktor ist nicht da!“
„Das ist Lüge. Ich weiß genau, daß er da ist. Er wird für mich wohl auf zwei Minuten zu sprechen sein!“

„Ich will mal fragen.“
Er drängte sich zur Thür.

„Ist nicht nötig. Ich werde schon zu ihm hereinkommen!“
Sie opponierte; er war aber so wütend, daß er sie energisch in eine Ecke stieß.

„Herr Doktor! Herr Doktor! Er mordet mich!...“
Eine Thür wurde aufgerissen, die vorher nur angelehnt war, und der kleine runde Arzt erschien in dem Lichtflecken.

„Was soll denn das heißen? Otto, was willst Du hier?“
Jener war wieder ruhig geworden: „Das dumme Weib hatte Dich verleugnet!“

„Komm herein, Otto!“
Ein großes, helles, zweifelhafte Zimmer mit Divans, persischen Teppichen, Waffen und Delgemälden.

Der Arzt setzte sich in ein Fauteuil, die Hände zwischen den Knien.

„Hör mal, Otto! Es ist das letzte mal, daß wir miteinander sprechen. Nachher will ich nichts mehr mit Dir gemein haben. Du bist ein Verbrecher und ich habe mich losgesagt von Dir.“

„Kannst Du mir denn nicht aber behilflich sein, wieder ein anständiger Mensch zu werden? Kannst Du mir keine Stellung verschaffen?“

„Nein, das geht nicht! Ich würde mich bloßstellen, wenn es herauskäme. Gott sei Dank, wissen meine Bekannten noch nicht, daß Du mein Bruder bist!“

„Ich will ja fort, weit fort! Wenn ich nur wieder arbeiten kann. Sonst verkomme ich ja!“

„Mir kann das gleich sein. Mein Bruder bist Du nicht mehr! Wir können keinen Zuchthausler in der Familie brauchen. Sieh zu wie Du Dir selber hilfst!“...
Der Arzt war aufgestanden.

„Aber wo soll ich denn bleiben, bis ich ein Unterkommen gefunden habe? Wovon soll ich denn leben?“ —

„Geld kann man Dir ja nicht in die Finger geben, das bringt Du ja gleich zu Deinem Weibsbild hin. Hier bleiben kannst Du nicht. Meine Wohnung ist zu gut dazu, einen Menschen wie Dich zu beherbergen. Du verpestest ja die ganze Sphäre!“ —
(Schluß folgt.)

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Sonnenwärme und irdisches Leben. In einem fesselnden Vortrage hat neulich der vielgenannte Camille Flammarion vor der französischen Astronomischen Gesellschaft die Ergebnisse langjähriger Beobachtungen über die Wärmeverhältnisse der einzelnen Jahre, das Erscheinen der ersten Blätter, die Rückkehr der Zugvögel und ähnliche jährlich wiederkehrende Naturerscheinungen mitgeteilt. Diese Beobachtungen bestätigen, was man bereits ziemlich genau wußte, daß die Sonnenwärme um so größer und für das Leben auf der Erde um so wirksamer ist, je mehr Flecken die Sonne zeigt. Das mag zunächst als Widerspruch erscheinen, denn man sollte meinen, daß die dunklen Flecken auf der Sonnenoberfläche eine Verminderung der Leuchtstärke und ebenso der Wärme unseres Muttergestirns bedeuten. Man muß sich aber klar machen, daß eine größere Zahl von Sonnenflecken eine gesteigerte Thätigkeit auf der Sonne bedeutet und daß die Sonne desto mehr Wärme abgeben muß, je größere Umwälzungen auf ihr vorgehen. In der That ist die Wärme auf der Erde niemals größer, die Feuchtigkeit geringer, niemals erscheinen die Blätter an den Bäumen und Sträuchern zeitiger und kehren die Zugvögel früher aus dem Süden zurück, als wenn die Sonne recht viele Flecken zeigt. Umgekehrt entspricht dem Minimum der Sonnenflecken eine Vermehrung der Luftfeuchtigkeit und eine Verspätung der Zugvögel. Aus den weiteren Beobachtungen Flammarions ist hervorzuhellen, daß die Blüthezeit des Sperlings immer zusammenfällt mit dem Erblühen der Kastanien, des Flieders, der Pionien und Glycinien, während das Auskriechen der jungen Schwäne aus dem Ei meist zwei Tage nach der vollen Blüte dieser Pflanzen eintritt. Als allgemeiner Schluß aus diesen Beobachtungen wird von Flammarion hervorgehoben, daß die mittlere Temperatur der Monate März und April immer fast genau der mittleren Temperatur des betreffenden Jahres gleich ist.

Erzählte Nachrichten.

Jüdisch-Schottisch-Englisch. Ein Irlander, der sich mit seiner Frau zankte, geriet über den Wunsch seiner Frau, er möge tot sein, so in Wut, daß er ausrief: „Frei-lich, Du möchtest Witwe sein; aber so lange ich lebe, werde ich dafür sorgen, daß Du es nicht wirst!“ — Das Wahr-zeichen Schottlands ist bekanntlich die Distel; ein besonders schönes Exemplar einer solchen wurde dem Vorsitzenden irgend eines schottischen Klubs überreicht, als dieser eine Sitzung ab- hielt. Die Distel lag noch auf dem Tische, als ein Wig- bold ganz zufällig eintrat und sich sofort mit den Worten zurückzog: „Verzeihung! Ich wußte nicht, daß die Herren noch beim Frühstück wären.“ — Niemand anders als der „große alte Mann“ Gladstone selber leistete eines Tages im Parlament den klassischen Satz: „Wenn jemand sich ver- heiraten will, zu wem geht er? Zum Priester seines Kirch- spiels. Will er sein Kind taufen lassen, zu wem geht er wiederum? Zu seinem Priester. Will er sich endlich be- graben lassen, zu wem geht er? Übermals zum Priester seines Kirchspiels!“ Es dauerte einige Zeit, bis der eifrige Redner durch die schallende Heiterkeit des Hauses auf den wunderlichen Sprung seines rednerischen Rosses aufmerksam gemacht wurde. —

Eine Episode aus den Kämpfen vor Santiago, die bekannt zu werden verdient, berichtet ein Korrespondent der Berliner Volkszeitung. „Seit Stunden lag die „Texas“ in heftigem Kampfe gegen den „Amirante Quendo“. Kapitän Philip war wie durch ein Wunder dem Tode ent- gangen, denn eben hatte er die Kommandobrücke verlassen, als diese von einer Granate des Quendo getroffen wurde. Da schossen gewaltige Flammen aus dem Innern des Quendo auf und eine furchtbare Explosion erschütterte den mächtigen Panzer. Hurra, hurra! erscholl es von dem Schiffe der Kampf- und siegestrunkenen Amerikaner. Doch, diesen Ruf überhörend, erklang die ruhige Stimme des amerikanischen Kapitäns: „Nicht Hurra rufen! Die armen Teufel sterben!“ In dem Augenblick, wo er selbst erst der Todesgefahr ent- ronnen ist, in dem Augenblick, in dem die höchste Genug- thung des Soldaten, der Sieg über den mächtigen Gegner, ihm zu teil wird, hat Kapitän Philip kein „Hurra“; er hat nur das einzige Gefühl des Mitleids für seine elend zu Grunde gehenden Gegner, die wie er, fühlende Menschen sind und denen persönlich zu grollen er und seine Landsleute keinen Grund haben.“ —

Eine Fahrt über die Welt. Kapitän Joshua Slocum, ein wagemutiger amerikanischer Seemann, macht jetzt allein in einem kleinen Boote von acht Tonnen, das die „Spray“ genannt ist, eine Fahrt um die Erde, und er ist bereits in St. Helena angekommen. Er verließ Boston am 24. April 1895 und hat nun seine gefährliche Weltumschiffung beinahe beendet. In St. Helena hielt er in Napoleons Haus einen Vortrag über seine Reise. Er hat auch das Kap berührt und ist nach Prätoria gereist, wo er mit Prä- sident Krüger eine Unterredung hatte. Als der Kapitän ihm mitteilte, er segle um die Welt, unterbrach ihn der Präsident und sagte verbessernd: „Sie meinen ü b e r die Welt!“ Dom- Paul hält nämlich noch an der Ansicht fest, daß die Erde die Gestalt einer Scheibe habe. —

Zur Geschichte des Petroleumliedes.

In einer Erinnerung an unsern vor kurzem verstorbenen Genossen Jakob A u d o r f schreibt ein Mitarbeiter der Sächsischen Arbeiterzeitung:

Wer unter unseren Lesern kennt nicht die elende Ver- fasser Klage von den Petroleuren und Petroleusen der Pariser Kommune von 1871, die in teuflischer Niedertracht und Herabwürdigung die Häuser mit Petroleum besprengt und etwa den dritten Teil von Paris niedergebrannt haben sollen?

Thatsache ist, daß unter der Anschuldigung planmäßiger Brandstiftung eine große Anzahl Männer, Frauen und Kinder von den siegreichen Ordnungshelben von Versailles nach Niederwerfung der Kommune unter den Formen von Kriegsgerichten hingerichtet worden sind. Thatsache ist, daß unschuldige Krankenpflegerinnen als „Petroleusen“ der Wut der Ordnungsbanden zum Opfer fielen.

Vissagray ist seiner Geschichte der Kommune, ebenso Ludwig Pfau in seinen Pariser Briefen an den demo- kratischen Stuttgarter Beobachter weisen treffend die völlige Grundlosigkeit der Gerichte von den absichtlichen Brand- stiftungen nach.

Deutsche „Historiker“ von der Qualität Hans Blums und mit ihnen der gesamte deutsche Ordnungsjan- hagen, stellen über unsere Genossen Vebel und Liebknecht her wie die Verfasser über ihre Gegner von der Kommune, als unsere Freunde im deutschen Reichstag die Schauermärchen von den Greueln der Kommune als das kennzeichnende, was sie sind. Nun war das Schlagwort gegeben, daß die ver- haßten deutschen Sozialdemokraten die Mischuldigen der Pariser Petroleure, die deutschen „Petroleure“ seien.

Die von Ingrim gegen die Sozialdemokraten zur Siedehitze entflammte Phantasie der Ordnungsmenschen ver- stieg sich zu dem oft wiederholten Witz, daß der echte und rechte Sozialdemokrat aus Begeisterung für die Petroleure der Kommune das Petrol zu seinem Leibgetränk erkoren habe. Das ward oft von den weltbedeutenden Brettern der Bourgeois-theater in Poffen und Schwänken verkündet und von den Gründlingen des Parterres mit wiederndem Gelächter aufgenommen.

Diesem Blödsinn, dem geschichtliche, urkundliche Er- örterungen nicht oder nur schwer beizukommen vermochten, trat Jakob Audorf mit dem sieghaften Humor seines volks- tümlichen „Liedes der Petroleure“ entgegen. Mit souveräner Fronte nimmt der wackere Volkskämpfer den wahnwitzigen Haßgedanken der Sozialisten- rücker auf und dichtet das nach einer Melodie aus Marnett Angot zu singende Lied:

Wir sind die Petroleure,
Das weiß ja jedermann,
Drum thut mir alle Ehre
Dem Petroleum *) an.

Und weiß so schön zum Brennen ist
Und uns viel Licht verschafft,
Sei auch Petrol zu dieser Frist
Uns dieser Gesteinslast.

Hier Petroleum, da Petroleum,
Petroleum um und um!
Läßt die Pumpen frisch vollpumpen
Dreimal hoch Petroleum.

*) Absichtlich volksmäßig jauch auf der vorletzten Silbe betont und lang gesprochen.

Man bemerke, daß der volkstümliche Leuchtstoff dem Dichter schon im ersten Verse — weiterhin noch deutlicher! — zum Symbol der politischen und allgemeinen Aufklärung wird, wodurch der Gehalt des Liedes eine weitere prächtige Vertiefung seines Gedankenganges erhält. —

Wie eine Prophezeiung auf spätere Tage, wo das Licht des Sozialismus auch in die fernsten Ecken des Landes hinausstrahlen und dessen dunkelsten Winkel erleuchten sollte, lautete der dritte Vers:

Schon brennt es in den Städten
So licht und frank und frei:
Man spürt, daß es von Asten
Auch auf den Dörfern sei;
Schloß im Verborgenen leuchtet schon —
Man ist vor Staunen stumm! —
Trotz Subs- und Ordination
Hell das Petroleum!

Daß die Verfolgungen der Partei und der von ihr verteidigten Wahrheit beiden nur förderlich sein konnten, nur wirkten, wie die Prozedur der Raffinierung auf das Petroleum, die dessen Leuchtstoff steigern, spricht der Dichter im nächsten Verse aus:

Und ob auch trüb die Zeiten,
Wir wollen, treu vereint,
Stets mutig vorwärts schreiten.
Ist mächtig auch der Krim,
Und sperrt der Bruder Staatsanwalt
Auch einmal einen ein,
Kriegts Petroleum mehr Gehalt
Und brennt noch mal so rein! —

Wie oft hat die Genossen dies übermütig lustige Lied in den bitteren Jahren des Ausnahmezustandes ermutigt, er- hoben und getrostet! Es hat mit seinem Humor vielleicht ebenso viel geleistet, wie Audorfs deutsche Arbeitermarseillaise durch ihren ernsten, schlichtgroßen Gehalt! —

Und heut wieder nach den Siegen der letzten Wochen mag es doppelt fröhlich in allen Gauen, wo die deutsche Proletarierzunge singt, erschallen:

Petroleumgenossen,
Ihr Brüder, manet nicht,
Ihr jeder unverwunden
Die Petroleum-Blutlicht!
Wir kinnern uns den Ruf um die Liberalerei
Das Wahrecht und Petroleum
Ist unser Feldgeschrei. *)

Weiteres.

Prozig. Besucher: „Da im Buch steckt ja ein Tausendmarkschein!“ — Bankier (nachlässig): „Lesezeichen meiner Frau!“ —

In Damenkoupee. Schaffner (zu den Damen, die das Rossignal gegeben): „Ja, was ist denn los, meine Damen?“ — Dame: „Ach, Herr Schaffner, es ist eine Maus im Koupee.“ —

In schweren Zweifeln. Badisch: „Gestern war der blonde Literaturprofessor so liebenswürdig, mir seinen Bleistift zu reichen, als ich meinen abgebrochenen zu spitzen begann! . . . Jetzt weiß ich nicht: interessiert er sich für mich, oder kann er das Bleistiftspitzen nicht leiden? —

*) Am 16. Juni bestand Jakob Audorf, wie schon mitgeteilt darauf, obgleich er genau wußte, daß der Fittich des Todesengels ihn bereits berührt hatte, daß man ihn zur Wahnne tung, damit er, weil noch ein Mensch in ihm war, seine Wahnpflicht ausüben könne.

Buchhandlung
Volksstimme
Magdeburg, Breitweg 127.
Für Vereinsbibliotheken empfehlen wir zur Anschaffung:
Fritz Reuter's Werke.
Volksausgabe in 7 Bänden.
Preis 25 Mt.
Heinrich Heine's sämtliche Werke.
Preis 10 Mt. Vier Bände. Preis 10 Mt.
Die Tierwelt.
Preis 7.10 Mt. H.: Kammeli. Preis 7.10 Mt.
Die Pflanzenwelt.
Preis 5.50 Mt. Von Kammeli. Preis 5.50 Mt.
Reich illustriert. — Prächtig kolorierte Tafeln.
Wir machen ferner auf unser großes Lager in
Unterhaltungs-Litteratur
aufmerksam und empfehlen:
In Freien Stunden.
à Bd. 4 Mt., Heft 10 Pfg.
Romanbibliothek für das werkhätige Volk.
à Bd. 60 Pfg.

Gesucht werden:
Unentgeltlicher Arbeitsnachweis der Gewerkschaften Magdeburgs (Kleine Klosterstraße 15/16): Stellmacher, Tischler, Drechsler, Schmiede, Dienstmädchen, Lackierer (selbständig auf Wagenbau), Schuhmacher, Klempner, Barbier und Bäcker.

Es suchen Stellung:
Unentgeltlicher Arbeitsnachweis der Gewerkschaften Magdeburgs (Kleine Klosterstraße 15/16): Schlosser, Dreher, Formner, Sattler und Tapezierer, Zwieler, Feilenhauer, Mäster, Heizer und Raschi- nisten, Wöttcher, Schleifer, Asphaltleur, Steinbruder, Buchbinder, Korbmacher, Cigarrenmacher, Schneider, Arbeiter für jede Arbeit und Arbeiterinnen.

Standesamt.
Magdeburg, 12. Juli.
Aufgebote: Tischler Ditto Stamann mit Elisabeth Feldrich hier. Arb. Julius Kozjel mit Franziska Adamkiewicz hier. Schuhmann Emil Duzgin in Budau mit Helene Robert hier. Arbeiter Franz Palm mit Wwe. Auguste Rosenberg, geb. Ihbe, hier. Schmied Emil Köntsch hier mit Lina Rolle in Leopoldshaus.

Eheschließungen: Feldw. d. Musit Gustav Janeslow in Luxemburg mit Luise Motich hier. Barbier Heinrich Poch in Grabow mit Elisabeth Seyler hier. Bäckermeister Ottomar Klotz hier mit Emma Feuniges in Neustadt. Schuhmacher Wilh. Balke mit Anna Osterwald hier. Arbeiter Paul Velling mit Dittlie Richter hier.

Geburten: Elise, T. des Handels- gärtners August Nagel. Gustav, S. des Eisenbahnarbeiters Gustav Kluge. Maria Luise, T. des Prem.-Lieutenant im Inf.- Reg. Nr. 26 Luiz Frhr. v. Alkenron Lotte, T. des Arbeiters Heinrich Lohse. Todesfälle: Wilh., S. des Tischler- gesellen Karl Preller, 4 M. 19 T. Unben, T. unehel., 1 1/2 Jd. Hermann Molden- hauer, Bremjer, 29 J. 7 M. 18 T. Auguste, geb. Wood, Wwe. des Korbmachermeisters Karl Diebold, 72 J. 10 M. 5 T. Erich, S. des Eisenbahnarbeiters Paul Wählbied, 6 M. Heinrich Lampe, Polizei-Wachmstr., 48 J. 7 M. 22 T. Gretche, T. des Schriftsetzers Wilh. Krahl, 3 M. 20 T. Fritz, S. des Schneiders Hermann Wadze, 6 M. 11 T. Karl, S. des Fleischermeisters Rob. Schütze, 8 M. 27 T. Anna, S. des Schuhmachers Wilhelm Raad, 2 J. 7 M. 5 T. Totgeburt: Ein S. des Viktualien- Händlers Albert Geißler.

Sudenburg, 12. Juli.
Eheschließungen: Dachdecker Heinrich Otto Wackerhagen in Altenweddingen mit Anna Maria Hedwig Davids hier. Geburten: Helene, T. des Arbeiters Albert Schmiedeberg. Anna, T. des Arb. Georg Faupel. Lina, T. des Kleiderbündlers Otto Glade. Heinrich, S. des Arbeiters Hermann Kempfe. Wilh., S. des Arbeiters August Wogacki. Todesfälle: Käthe, T. des Korb- machers August Henning, 1 M. 19 T. Arthur, Sohn des Schmieds Rudolf Schulz, 1 J. 8 M. 23 T. Paul Erich, unehel., 2 M. 7 T. Emma, geb. Hempel, Ehefrau des Arbeiters Hermann Kempfe, 33 J. 5 M. 12 T. Sophie, geb. Sack- mann, Ehefrau des Drochsenbesizers Heinr. Vohmann, 53 J. 3 M. 3 T.

Duckau, 12. Juli.
Aufgebote: Arbeiter Ditto Wilhelm Niemann mit Emma Marie Elisabeth Richter hier. Eheschließungen: Barb. u. Friz Karl Otto Hoff mit Ernestine Amalie Emma Fechner. Tischler Andreas Gustav Otto Küls mit Frieda Helene Auguste Gildewappert.

Geburten: Anna, T. des Schlossers Wilh. Köppler. Lucie, T. des Buchhalters Otto Haaris. Liesbeth, S. des Dreher- Wilhelm Schindler. Martha, T. des Schlossers Karl Richter. Erich, S. des Hilfsbreiters Friedrich Roggensee. Todesfälle: Elise, T. des Arbeiters Richard Gertenberg, 3 J. 5 T. Ver- verleger August Jänich, 45 J. 10 M. 10 T. Totgeburt: Eine Tochter des Arb. Albert Drtmann.

Neustadt, 12. Juli.
Aufgebote: Arb. Karl Gottfr. Andr. Krenning mit Pauline Agnes Anton. Fabrikarb. Albert Robert Richard Wilhelm Jacobs mit Minna Bertha Anna Schimpf. Geburten: Alfred, S. des Tischlers Otto Weich. Wally, T. des Arbeiters Karl Nordt. Martha, T. des Arbeiters Louis Stollberg. Gustav, S. des Form. Wilh. Milens. Rudolf, S. des Bäckermeisters Christ. Eisefeld. Albert, S. des Arbeiters Julius Pasche. Todesfälle: Erwin, S. des Arb. August Albrecht, 4 M. 8 T. Hans, S. des Arbeiters Hermann Mollweide, 1 J. 6 M. 11 T. Wilhelm, S. des Zimmer- manns Albert Wildt, 8 T. Liesbeth, T. des Arbeiters Christ. Wohlfaht, 3 J. 6 M. 9 T. Wilh., S. des Arbeiters Wilhelm Gähler, 22 T.

Burg, 11. Juli.
Aufgebote: Klempner August Karl

Sehenswürdigkeiten.
Museum: Unentgeltlich geöffnet am Sonntag von 11—2, desgl. an den Wochenagen (mit Ausnahme des Montags) von 11—3 Uhr. Am Montag (Feiertag) zu der gleichen Zeit 50 Pfg.
Der Dom unentgeltlich geöffnet in der Zeit vom 1. Mai bis 15. September früh 9 bis 10 Uhr, sonntäglich stets in der Zeit zwischen dem Vormittags- gottesdienst der Civil- und Militär- gemeinde. Zu allen anderen Zeiten Meldung beim Küster, Gebühr 50 Pfg.
Sehrwürdige Kunst-Ausstellung Eintritt frei.
Panorama Magdeburg, Kaiser Wil- helm-Platz.
Gruntsche Gewächshäuser im Fried- rich Wilhelm's Garten: Geöffnet von 8—12 Uhr vormittags und von 2—7 Uhr nachmittags. Eintritt Mon- tags 1 Mark, an den übrigen Tagen 30 Pfg., schulpflichtige Kinder 20 Pfg. Unentgeltlich geöffnet: Mittwoch 8—11 Uhr und 1—3 Uhr, sowie jeden 1. Sonntag im Monat. Die übrigen Sonntage 2—7 Uhr nachmittags. Ein- tritt 10 Pfg.
Stadt-Bibliothek: An den Wochentagen, geöffnet von 10—11 1/2 Uhr.